Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. Juli 1930

Int. Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam

Was wird aus der Saar ?

SPD. Die von vornherein wenig aussichtsreichen deutsch-französischen Verhandlungen über eine baldige Lösung der Saar-Frage, die im Herbst in Paris begonnen wurden und sich mühselig über den ganzen Winter und das Frühjahr hindurch geschleppt hatten, ohne nennenswerte Fortschritte zu machen, sind nunmehr als vorläufig gescheitert zu betrachten.

Die Enttäuschung, die dieses negative Ergebnis erzeugen muss, wird zwar durch den Umstand gemildert, dass man seit Monaten darauf vorbereitet war. Nichtsdestoweniger ist es tief bedauerlich, dass jene "Gesamtlösung" der deutsch-französischen Nachkriegsprobleme, die bereits vor vier Jahren in Thoiry in Aussicht genommen wurde, noch nicht erreicht werden konnte. Denn zu dieser "Gesamtlösung" gehörte von vornherein nicht allein die jetzt endlich erreichte Rheinlandräumung, sondern auch die Rückgabe des Saargebiets an das Deutsche Reich. Das einstweilige Scheitern der Pariser Verhandlungen ist schon deshalb beklagenswert, weil eine wirkliche deutsch-französische Annäherung, die für den gesamteuropäischen Frieden unerlässlich ist, erschwert wird, solange dieser Streitgegenstand zwischen den beiden Ländern weiterbesteht.

Die Bestimmungen über das Saar-Gebiet gehören zu den unglücklichsten und sinnlosesten des ganzen Friedensvertrages. Mit gefälschten Petitionslisten hat Frankreich 1919 seine Alliierten über den klaren Willen der Saar-Bevölkerung irregeführt und ihre Zustimmung zu der Schaffung jener "Reparationsprovinz" erschlichen, deren Kohlenerzeugung als Ersatz für die zerstörten Gruben in Nordfrankreich dienen sollte. Aber schon nach drei Jahren waren die nordfranzösischen Bergwerke wieder instandgesetzt, die ihre Friedensproduktion bald überschritten. Die Saar-Gruben, die einstweilen dem französischen Staat gehören, bis sie Deutschland, laut Friedensvertrag, wieder zurückkauft, bilden eine unbequeme Konkurrenz sogar für die übrigen französischen Kohlenreviere. Einstweilen treibt aber Frankreich rücksichtslos Raubbau an der Saar, um vor allem die benachbarte lothringische Eisenindustrie mit billiger Kohle zu beliefern.

Entscheidend sollte für die Beurteilung und die Lösung des Saar-Problems vor allem die Frage sein, wie die Bevölkerung über das jetzige Regime denkt. Es besteht nun schon seit Jahren nicht der mindeste Zweifel daran, dass eine an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit lieber heute als morgen zu Deutschland zurückkehren möchte. Die Illusionen, die man in Frankreich zur Zeit der Friedenskonferenz hegte, sind in allen unterrichteten Kreisen längst verflogen. Die Hoffnung, dass die Zeit vielleicht einen Umschwung, wenigstens in einigen kleineren Grenzbezirken, z.B. Saarlouis, zu Gunsten Frankreichs bringen könnte, ist aufgegeben. Jedermann weiss, dass das im Friedensvertrag vorgesehene Plebiszit, gleichviel ob heute oder zum vorgesehenen Termin von 1935, mit einer vernichtenden moralischen Niederlage für Frankreich enden muss. Frankreichs eigenes Interesse gebietet ihm also den Verzicht auf diese Volksabstimmung und eine frühere Lösung. Warum sträubt es sich also dagegen, warum stellt es Be-

ingungen auf, die jetzt zum einstweiligen Scheitern der Verhandlungen geführt haben ?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer zu finden. Es gibt in Frankreich Nutzniesser des jetzigen Zustandes. Das sind vor allem die lothringische Schwerindustriellen unter Führung der Gebrüder de Wendel. Diesen gehört ein Teil der französischen Presse und sie führen im Comité des Forges, jenem mächtigen Stahl- und Eisenverband, der seinerzeit die Ruhrbesetzung erzwang, das grosse Wort. Sie haben auf die französischen Regierungsstellen noch immer ausschlaggebenden Einfluss. Sie haben es seinerzeit verhindert, dass die Saar-Fragen in den Beratungskomplex der Haager Konferenz einbezogen wurden und, als sie nicht verhindern konnten, dass später doch zwischen Deutschland und Frankreich direkt darüber verhandelt wurde, haben sie durch einen systematischen Pressefeldzug von der Regierung gefordert, dass sie den "Vorteil" eines weiteren fünfjährigen Völkerbundsregimes nur gegen einen möglichst hohen Preis verkaufe. Die Regierung Tardieu hat dementsprechend gehandelt und statt gemäss den Friedensbestimmungen, den Preis für den Rückkauf der Saargruben durch ein Schiedsgericht festsetzen zu lassen, eine ganze Reihe von neuen Forderungen zur Debatte gestellt, die für Deutschland schlechthin unannehmbar waren und sind.

Die eine Forderung bezieht sich auf die sonderbare Warndt-Frage: von Französisch-Lothringen aus sind grosse unterirdische Stollen jenseits der Saar-Grenze geführt worden, die sehr ertragreich sind und die Frankreich weiter für sich betreiben möchte, was allen völkerrechtlichen Grundsätzen widerspricht. Aber wichtiger noch ist die andere Forderung, dass die Saar-Gruben nicht, wie im Vertrag vorgesehen, durch Rückkauf an ihre früheren Besitzer, das sind der preussische und der bayerische Fiskus zurückgegeben werden sollen, sondern gemeinsames deutsch-französisches Eigentum werden müssten. Wobei noch unklar ist, in welcher Form man sich dieses "Kondominium" denkt, aber allem Anschein nach erstreben die schwerindustriellen Ratgeber der französischen Regierung eine privatkapitalistische Lösung: deutsche und französische Kohlenbarone sollen sich diese Beute auf Kosten des preussischen und des bayerischen Staates teilen. Gegen diesen Plan hat namentlich die preussische Staatsregierung von vornherein den schärfsten Einspruch erhoben und auch die Reichsstellen haben sich diese Ablehnung zu eigen gemacht. Daran sind nach monatelangen Verhandlungen die Pariser Besprechungen schliesslich gescheitert.

Das Bedenkliche ist, dass Deutschland in seinem Kampf um die Saar eine doppelte Front gegen sich hat. Einmal gegen den offiziellen französischen Standpunkt, der natürlich mit den Wünschen der Wendel-Gruppe identisch ist, und ausserdem gegen die eigene Schwerindustrie, die seit Monaten unter der Hand die privatkapitalistischen Lösungsvorschläge der Franzosen unterstützt. Als die ersten unvorsichtigen Ausserungen westdeutscher Stahlmagnaten und Kohlenbarone, die sich zynisch gegen eine Rückgabe der Gruben an den preussischen Fiskus wandten, bekannt wurden, hat Ministerpräsident Otto Braun im Landtag mit aller Energie gegen dieses an Landesverrat grenzende Treiben Stellung genommen. Seitdem sind die Herren vorsichtiger geworden, aber es besteht kein Zweifel, dass sie nicht aufgehört haben, mit der französischen Wendel-Gruppe weiter an einem Strange zu ziehen und damit den Verhandlungsgegnern den Rücken gestärkt haben. In ihrem Hass gegen den staatssozialistischen Gedanken und in ihrem Bestreben, die Macht des Privatkapitals zu erweitern, erscheint ihnen ein Bündnis mit den französischen Klassengenossen gegen das eigene Volk als ein erlaubtes Kampfmittel.

Ob es den Regierungen gelingen wird, sich in direkten Verhandlungen, etwa im September in Genf, doch wieder so weit zu verständigen, dass die Pariser Verhandlungen im Oktober wieder aufgenommen werden können, bleibt abzuwarten. Aber gleichviel, ob die Verhandlungen im Oktober wieder aufgenommen werden oder nicht, eines steht fest: Deutschland wird den Standpunkt der preussischen Regierung nicht aufgeben, um diesen Preis wird es eine frühere Lösung des Saarproblems nicht erkaufen. Wir wünschen eine solche Lösung im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen. Aber wir können auch warten!

SPD. Hamburg, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Landesverband der Polizeibeamten Grosshamburg, der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, erhebt gegen die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes zum Beschluss der preussischen Regierung über die Zugehörigkeit der Beamten zur kommunistischen und nationalsozialistischen Partei schärfsten Protest: Der Landesverband der Polizeibeamten Gross-Hamburg hält es aus staatspolitischen Gründen für unbedingt notwendig, den Beamten die Zugehörigkeit zu politischen Parteien zu untersagen, die die Republik mit den schmutzigsten Waffen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.Die Gross-Hamburger Polizeibeamtenschaft begrüsst deshalb den Erlass des Preussischen Staatsministeriums.

Die Erklärung des Landesverbandes schliesst mit der Feststellung, dass die in ihm organisierten Polizeibeamten die Aktion des Deutschen Beamtenbundes gegen die preussische Regierung nicht ruhig hinnehmen werden.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags befasste sich am Dienstag mit der deutschen Antwort auf das französische Memorandum über die Organisation einer europäischen Bundesordnung.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius gab eine eingehende Darstellung über Entwicklung und Verlauf der politischen Besprechungen und Konferenzen, in denen die Aktion Briands zuerst entstanden ist, und über die Stellungnahme Stresemanns zu den Grundgedanken des Problems. Der Minister erläuterte dann das französische Memorandum in seinen Einzelheiten und kennzeichnete die deutsche Stellung hierzu. Es wurde von dem Minister betont, dass die deutsche Antwort rechtzeitig bis zum 15.Juli in Paris überreicht werden wird.

An die Ausführungen des Ministers schloss sich eine umfangreiche Aussprache, an der sich die Mitglieder aller im Auswärtigen Ausschuss vertretenen Fraktionen beteiligten. Der Vorsitzende stellte alsdann fest, dass die Mehrzahl der Parteien sich unter bestimmten in der Diskussion gemachten Vorbehalten für eine positive Mitarbeit im Verfolg des französischen Memorandums ausgesprochen hätten.

SPD. München, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Das bayerische Kultusministerium hat, wie erst jetzt bekannt wird, am 18.Juni eine Verfügung erlassen, durch die den Studierenden an den bayerischen Hochschulen in Zukunft nicht mehr gestattet ist, einzeln oder geschlossen in Parteiuniform und mit den parteipolitischen Abzeichen auf dem Boden der Hochschulen zu erscheinen. Zur Durchführung dieses Verbots ist den Senaten und Rektoren die Ausübung des ihnen zustehenden Hausrechts gegenüber allen Studierenden, die gegen die Verordnung verstossen, zur Pflicht gemacht worden.

Wie es in der Praxis mit der Durchführung des Verbots bestellt ist, hat sich an der Universität Erlangen gezeigt, wo der Anschlag der ministeriellen Verfügung am schwarzen Brett von den Nazi-Studenten mit folgendem Gegenanschlag beantwortet wurde: "Um Missverständnissen zu begegnen geben wir bekannt, dass das Tragen des Parteiabzeichens auch auf Universitätsgrund nachwie vor gestattet ist." Der Rektor liess sich diese Provokation gefallen, sodass heute noch beide Anschläge nebeneinander ausgehängt sind. Dieses Schindludertreiben mit der Staatsautorität an der Universität Erlangen nimmt allerdings nicht wunder. Hier durfte anlässlich der Enthüllung eines Denkmals für die Gefallenen der Universität der Vertreter der Studentenschaft, ein Hakenkreuzler namens Sunkel, am 1.Juli unbehelligt erklären, "der heutige Staat verschmäht bewusst, die Ehre der Nation zu schützen. Die Beseitigung dieses Staates ist deshalb unser oberstes Gebot."

SPD. Paris, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Die europäische Rundfrage Briands scheint auf die politische Einstellung der europäischen Nationen wie ein scharfes Scheidewasser wirken zu wollen. Schon jetzt haben sich, obwohl erst drei offizielle Antworten am Quai d'Orsay eingegangen sind, deutlich zwei Parteien gebildet: unter Führung Frankreichs und der Kleinen Entente die Partei für die strikte Aufrechterhaltung des augenblicklichen Vertragszustandes, unter der Führung Italiens die Partei für die Revision der Verträge.

Obwohl dieRevisionisten unter sich selbst endlos gespalten sind, weil jeder unter Revision etwas anderes begreift, hat die von Italien lancierte Parol doch in Paris wie ein Donnerschlag gewirkt. Man ist sich hier natürlich bewusst, dass Mussolini mit seiner Revisionsparole keineswegs an den Vertrag von Versailles geschweige denn an eine Rückgabe Südtirols denkt, aber man scheint doch ernstlich zu befürchten, dass Mussolinis Lockungen in gewissen Kreisen Deutschlands auf fruchtbaren Boden fallen könnten. So erklärte der "Matin" bereits dieser Tage, dass Deutschland in der Verständigung mit Frankreich finanzielle Unterstützung, eine bessere Reparationsregelung, ein freieres Militärstatut und eine unbedingte Sicherung seiner Verbindungen mit Ostpreussen finden könne. Heute wirft der "Paris Midi", der sonst nicht sehr deutschfreundlich eingestellt ist, die Frage der Gewissensforschung auf: hat Frankreich gegenüber Deutschland immer alles getan, was es hätte tun können? Und dann erklärt das Blatt: "Wenn Deutschland und Frankreich einig sind, regeln sich alle Streitfragen von selbst. Deutschland und Frankreich geeint können Europa nicht beherrschen aber befrieden. Es ist klar, dass Deutschland nach dem Young-Plan und nach der Räumung des Rheinlandes von uns nicht noch den Verzicht auf das Saargebiet, die Rückgabe der Kolonien, die Wiederherstellung des polnischen Korridors und den Anschluss an Österreich gegen ein Lächeln erhalten kann. Aber wenn die Reichsregierung sich mit uns an den Verhandlungstisch setzt und in direkter Aussprache ohne Hintergedanken und Ausflüchte alle Streitpunkte die uns trennen, aus der Welt schaffen will, dann ist Frankreich bereit dazu."

SPD. Essen, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

In Essen fanden am Dienstag Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Gewerkschaften über die in Aussicht genommenen Kündigungen des Arbeitszeitabkommens durch die drei Gewerkschaften und des Lohnaufkommens durch die Arbeitgeber und christlichen Gewerkschaften statt. Vor Eintritt in die Besprechungen erklärten die Arbeitgeber, dass sie eine gerichtliche Feststellung darüber herbeiführen lassen würden, ob der Deutsche Metallarbeiterverband durch sein Unterstützungsversprechen in der Abwehr des Akkordlohnabbaues die Friedenspflicht verletzt habe. Ferner stellten sie fest, dass die christlichen Gewerkschaften die beiden Abkommen erst gekündigt hatten, nachdem die anderen Kündigungen, vor allem aber die des Arbeitgeberverbandes, vorlagen.

In den Verhandlungen selbst forderten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die 48stündige Arbeitswoche, zumal Nordwest die längste Arbeitszeit im ganzen Reiche habe. Die christlichen Gewerkschaften forderten eine bessere Übersichtlichkeit des Lohnabkommens und kündigten spezielle Forderungen an. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband erklärte ebenfalls, entsprechende Forderungen erheben zu wollen. Die Arbeitgeber teilten mit, dass sie Lohnsenkungen beabsichtigten. Die Verhandlungen werden am 29.Juli in Essen fortgesetzt.

SPD. Die Führer der hinter der Reichsregierung stehenden Parteien traten am Dienstag-Abend um 8 Uhr zwecks Verständigung über die Deckungspläne des Kabinetts Brüning zu einer Besprechung zusammen. Von der Regierung waren der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister anwesend.

Vor dieser Besprechung hatte der Reichskanzler Einzelunterredungen mit den Führern der Regierungsparteien, in deren Verlauf der volksparteiliche Abgeordnete Scholz bestimmte Vorschläge in der Richtung einer Aufhebung der unbeschränkten Zuschusspflicht des Reichs zur Arbeitslosenversicherung machte. Ausserdem schlug er vor, auf den in Aussicht genommenen 5%igen Zuschlag zur Einkommensteuer zu verzichten und den dadurch entstehenden Ausfall durch weitere Abstriche am Etat in Höhe von rund 50 Millionen wettzumachen. Schliesslich forderte Scholz die Einführung einer Kopfsteuer.

Der Reichskanzler soll diese Vorschläge bezw. Forderungen ohne Gegenäusserung zur Kenntnis genommen haben.

SPD. Hannover, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

In dem Streitverfahren zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit des Stadtparlamentes und dem reaktionären Magistrat hat die Stadtverwaltung eine schwere Niederlage erlitten.

Der Provinzialrat der Provinz Hannover hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Noske den Spruch des Bezirksausschusses als erster Instanz aufgehoben und entschieden, dass das Ortsstatut betreffend die Zusammensetzung des Magistrats in der bisherigen Form bestehen bleibt. Danach wird der Magistrat wie bisher aus 15 besoldeten Magistratsmitgliedern bestehen. Der Abbaubeschluss des Magistrats ist infolgedessen hinfällig. Sobald die preussische Regierung den Spruch des Provinzialrats bestätigt hat, werden ein sozialdemokratischer Bürgermeister und drei sozialdemokratische Senatoren in den Magistrat von Hannover einziehen.

SPD. Die Antwort der Reichsregierung auf das Europa-Memorandum Briands, die in den nächsten Tagen in Paris überreicht werden wird, dürfte im wesentlichen auf die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den für September in Genf geplanten weiteren Verhandlungen hinauslaufen. Indem man die Initiative des französischen Aussenministers grundsätzlich begrüsst, wird man doch zunächst vermeiden, dem Gedanken eines Paktes der europäischen Staaten näher zu treten und eine Reihe von Fragen und Bedenken formulieren, die in der Konferenz der Regierungsvertreter zu diskutieren wären.

Die deutsche Regierung lehnt eine Union ab, die darauf hinausläuft, den durch die Friedensverträge geschaffenen Zustand zu stabilisieren. Sie wünscht vielmehr die Schaffung von Garantien für die Ermöglichung einer Revision der Verträge, und zwar von Garantien, die über die Bestimmungen des Art.19 des Völkerbundpaktes hinausgehen. Weiter wird in der Antwort auf die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen Ziele hingewiesen werden, deren Verwirklichung nicht wie Briand es will, von der vorherigen Lösung der politisch-militärischen Probleme abhängig gemacht werden darf. Schliesslich wird man auch auf die Gefahren hinweisen, die durch einen neuen organisatorischen Aufbau (besonders europäisches Sekretariat usw.) dem Organismus und der Bedeutung des Völkerbundes erwachsen können. Es wird damit gerechnet, dass am Ende der Genfer Besprechung im September die Einsetzung einer Studienkommission stehen wird, die alle Details des Planes einer genauen Prüfung unterziehen soll.

SPD. Stockholm, 8. Juli (Eig.Drahtb.)

Mit einem Gruss der Arbeiterwelt begann am Dienstag der Stockholmer Gewerkschaftskongress seine Arbeit. Den Reigen der Begrüssungsansprachen eröffnete Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes. Den häufigen Vorwurf, dass der Genfer sozialpolitische Fortschritt nur ein mässiges Tempo aufweise, beantwortete Thomas mit der Frage: "Und die Arbeiterschaft?" Eine wirtschaftliche Organisierung der Welt und eine Organisierung des Friedens gebe es nicht ohne die Arbeiter. Könne man sich wundern, wenn angesichts des Treibens der Zerstörer der Einheit auf der einen Seite und der Zurückhaltung der nordamerikanischen Gewerkschaften der Völkerbund nur zögernd und schwankend an seine Aufgaben herangehe?

Friedrich Adler, der den Gruss der sozialistischen Internationale überbrachte, verwies in seiner Ansprache auch auf die Situation in Finnland, wo die Reaktion versuche, mit Gewalt die sozialen Errungenschaften zu zerstören. Gewisse Leute, erklärte Adler, sagen angesichts der Haltung der Bourgeoisie in Litauen, in Polen, in Oesterreich: Warum halten wir uns so streng an Demokratie und machen es nicht wie die Bourgeoisie? Die Antwort lautet: Wir haben die Erfahrung gemacht, dass ein Erfolg beim Abgehen von der Demokratie nur vorübergehend sein kann. Es erfüllt uns mit Genugtuung, dass sich die finnische Sozialdemokratie geschlossen der Reaktion widersetzt. (Lebhafter Beifall). Finnland ist Anschauungsunterricht für die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften. Stockholm ist der Ort der Wiedergeburt der sozialistischen Internationale. Wenn heute noch in Belgien die Reaktion Camille Huymans "Camille-Stockholm" schimpft, - für uns ist Stockholm eine Ehre. Der Name Stockhol, ist das Symbol der Arbeit für den Frieden und der Solidarität der Völker. - Ollenhauer-Berlin überbrachte die Grüsse der sozialistischen Jugend. Er hob dabei besonders die Gemeinsamkeit der Forderungen der Jugend und des IGB hervor.

Die Reihe der Vertreter der überseeischen Länder und Kontinente, die mit dem IGB in Verbindung stehen und den Kongress begrüssten, wurde geführt von Ismail-Aegypten. Er dankte für die Unterstützung durch den IGB und skizzierte mit einigen Worten den Fortschritt der Industriealisierung im Nil-Land. Trotz unendlicher Schwierigkeiten hoffe die ägyptische Arbeiterschaft mit Unterstützung des IGB sich aus ihrem Elend emporzuarbeiten. - Croft-Australien betonte die Notwendigkeit einer engen Fühlungnahme zwischen den australischen und den übrigen Gewerkschaften trotz des Abweichens der australischen Gewerkschaftspolitik in so manchen Punkten wie in der Abwehr der Einwanderung. Rajah-Indien erklärte, dass die indische Arbeiterbewegung in ihrem Lebens - nerv mit der Befreiung des indischen Volkes verknüpft sei. Der Befreiungskampf seit heute in Indien eine Frage, die die gesamte indische arbeitende Bevölkerung interessiere. - Suzuki-Japan wandte sich sehr heftig gegen Moskau. Er betonte, dass jetzt die japanischen Gewerkschaften, die dem IGB zuneigen, 60% der organisierten Arbeiter Japans umfassen. - Roberts-Neuseeland schilderte die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der neuseeländischen Arbeiterschaft und versprach alles zu tun, um den Anschluss der neuseeländischen Gewerkschaften an den IGB herbeizuführen. -

Jouhaux dankte den Rednern und betonte, dass trotz aller Unterschiede die mit Amsterdam in Verbindung stehende Arbeiterschaft von dem gleichen Geist und dem gleichen Ideal beseelt sei. Die Zusammenarbeit müsse künftig positiver und fruchtbringender gestaltet werden. Das gelte vor allem für Australien.

Sassenbach ergänzte mit einigen Hinweisen den gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht. Die Krise in der Gewerkschaftsbewegung sei überwunden; seit zwei Jahren gehe es überall vorwärts. In den nächsten Jahren werde der IGB zweifellos Zuwachs aus überseeischen Ländern bekommen. Mit Moskau habe seit zwei Jahren ein Briefwechsel nicht mehr stattgefunden.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages lehnte am Dienstag die Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten auf Ausbau der Krisenfürsorge ab.

Der Reichsfinanzminister erklärte im Verlauf der Debatte, dass ihm vorläufig die Mittel irgendwelcher Art für die Ausgestaltung der Krisenunterstützung nicht zur Verfügung stehen. - Schneider (Dem.) wied darauf hin, dass der Abbau on der Arbeitslosenversicherung zwangsläufig zu einer Belastung der Krisenfürsorge führen müsse. - Abg. Gerlach (Soz.) kritisierte, dass der Reichsarbeitsminister sich zu der sozialpolitischen Notwendigkeit der Erweiterung der Krisenfürsorge nicht äussere. Der sozialdemokratische Antrag bezwecke, die Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe auszudehnen und die Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit zu erstrecken- Der Vorstand der Reichsanstalt habe den gleichen Vorschlag gemacht. Mit der Erklärung des Finanzministers könne sich der Ausschuss nicht abfinden.

Reichsarbeitsminister Stegerwald trat den Ausführungen des Reichsfinanzministers im wesentlichen bei und vermied es, für die Anträge über den Ausbei der Krisenfürsorge irgendeine Erfüllung in Aussicht zu stellen. - Müller-Lichtenberg (Soz.) unterstrich, dass nach § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes heute die Voraussetzungen gegeben sind, unter denen der Arbeitsminister die Ausdehnung der Krisenfürsorge vorzunehmen hat. Nach einer Statistik des Baugewerksbundes hätten im vorigen Jahr von 500 000 Mitgliedern nicht weniger als 50 000 keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwerben können.

Am Mittwoch wird der Ausschuss mit der Beratung der Novelle zur Krankenversicherung sich beschäftigen.

SPD. Halle, den 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Gattin des Heilgehilfen Otto Koch hat gegen ihren Gatten Anzeige erstattet, am 19. Februar dieses Jahres den Bergwerksdirektor Dr. Kramer in Nachterstädt in der Gegend von Magdeburg erschossen zu haben.

Die ursprüngliche Annahme, dass Kramer, der sich im Stahlhelm eifrig betätigte, das Opfer eines politischen Verbrechens geworden sei, hat sich bald als haltlos erwiesen. Allem Anschein nach musste es sich vielmehr um einen persönlichen Racheakt handeln. Die in dieser Richtung geführten polizeilichen Ermittlungen hatten jedoch kein Ergebnis. Der jetzt von seiner Frau Beschuldigte ist bis zum vorigen Sommer als Bademeister und Heilgehilfe bei der Zeche Concordia beschäftigt gewesen und dann wegen Unregelmässigkeiten entlassen worden. Nach Angabe der Frau Koch soll ihr Mann den Bergwerksdirektor aus dem Hinterhalt erschossen und die Waffe in den Mühlgraben in Hoym geworfen haben. Da Frau Koch die Anzeige nach einem ehelichen Zwist erstattet hat, besteht die Möglichkeit, dass sie sich an ihrem Gatten hat rächen wollen. Koch stellt die Tat entschieden in Abrede. Bisher ist auch nichts Nachteiliges über ihn bekannt geworden. Einstweilen ist er ins Gefängnis nach Halberstadt gebracht worden. Die Polizei will den Mühlgraben ablassen, um gegebenenfalls auf diese Weise die Waffe zu finden.

SPD. Weimar, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die von der thüringischen Regierung zu Polizeidirektoren ernannten rechtsstehenden bezw. nationalsozialistischen Beamten haben inzwischen ihre Aemter angetreten. Der Dienstantritt erfolgte auf ausdrückliche Anweisung des Putschisten Frick. Er hat es also nicht einmal für notwendig befunden, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über den Konflikt mit dem Reich abzuwarten.

SPD. London, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Im "Daily Telegraph" meldet sich am Dienstag General Wortlei zu Wort, um einige Korrekturen an der Erzählung des Viscound Burnham über die Entstehung des Kaiser-Interviews anzubringen.

Drei Wochen, sagt Wortlei, sei er der ständige Begleiter des Kaisers während seines Aufenthaltes in England gewesen. Wohl habe der Kaiser in diskreter Weise damals über alle möglichen Angelegenheiten gesprochen, jedoch sei erst im Hebrst 1908 die entscheidende Unterredung gewesen. Während der Herbstmanöver im Saargebiet habe der Kaiser ihm jene Worte gesagt, die in dem Interview im "Daily Telegraph" wiedergegeben seien. "Er schloss - so fährt Wortlei fort - die an mich gerichtete Ansprache mit der Bitte um Diskretion und mit dem gleichzeitigen Wunsche, seine Ansicht in einem führenden englischen Blatt zu veröffentlichen. Nach England zurückgekehrt wurde dann das "Interview" im "Daily Telegraph" ausgearbeitet und eine versiegelte Kopie auf dem Wege über die deutsche Botschaft nach Berlin geschickt. Wilhelm änderte eigenhändig drei Stellen und sandte den Artikel dem Fürsten Bülow. Ungelesen hat der Reichskanzler das Manuskript an Baron von Stumm ausgehändigt, der es an mich zurückschickte."

Dem Brief lag, wie Wortlei weiter mitteilt, ein Schreiben des Kaisers bei, das Wortlei im Wortlaut veröffentlicht und das mit der Randbemerkung "Vertraulich" versehen ist. Wilhelm erklärt darin, er habe sorgfältig den Wortlaut des der englischen Presse zu übergebenden Interviews geprüft. Das Manuskript gebe in sehr vernünftiger Art die Unterhaltung bei den Kaisermanövern wieder ur ebenso die Klagen, die er (Wilhelm) gegen gewisse englische Zeitungen zu erheben habe. Der Kaiser weist dann auf die drei von ihm getroffenen Änderungen hin und ermächtigt Wortlei, einen "diskreten Gebrauch" von dem Artikel zu machen und ihn in einer Wortlei gefälligen Art zu verwenden. Das Schreiben endet mit einem Dank an Wortlei und mit dem Wunsch, dass der Artikel den Ton gewisser englischer Zeitungen ändern möge.

Damit ist zum erstenmal von authentischer Seite dargestellt, wie und auf welche Art das verheerende Kaiserinterview zustande gekommen ist.

SPD. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost genehmigte am Dienstag den Jahresnachweis, der einen Gewinn von 222,7 Millionen Mark aufweist. Davon erhält das Reich 151,5 Millionen Mark. Dem Vermögen werden 71,2 Millionen Mark zugewiesen.

Im Verlauf der Erörterung des Personalhaushalts (erster Nachtrag zum Voranschlag 1930) teilte der Berichterstatter von Boden mit, dass auf Grund des § 40 des Reichshaushaltsbesoldungsgesetzes, der den Wegfall jeder dritten freien Stelle vorschreibt, bereits 2054 planmässige Beamtenstellen fortgefällen sind. In der Diskussion trat Abg. Bender (Soz) für die Beibehaltung der Kraftfahrzulage ein. Abg. Torgler (Kom) bezweifelte, dass die Massnahmen des Reichspostministers und der preussischen Regierung gegen den politischen Radikalismus zum Ziele führten. Er bemängelt weiter, dass gegen nationalsozialistische Postbeamte nicht eingeschritten werde. Reichspostminister Dr. Schätzl antwortete, dass er nicht verstehe, wie ein Beamter, der den Eid geleistet habe, sich staatsfeindlich betätigen könne. Ein solcher Beamter sollte die Konsequenz aus seiner widerspruchsvollen Haltung ziehen. Abg. Hertz (Soz) billigte den Erlass des Ministers gegen radikale Bestrebungen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse die Teilnahme an Umzügen in der Uniform der Nationalsozialisten oder Kommunisten als Agitation gegen den Staat angesehen werden. Die Durchführung des Erlasses liege aber nicht in allen Fällen in Händen zuverlässiger Persönlichkeiten. Man müsse darauf achten, dass der Erlass gleichmässig angewendet werde und nicht nur gegen jeweils unerwünschte Bestrebungen. In den Oberpostdirektionen Bamberg, Würzburg, Augsburg und Stuttgart sei die

Verfügung des Reichspostministers, Ebertbilder anzubringen, nicht durchgeführt worden. - Der Personaletat wurde schliesslich genehmigt.

Inbezug auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde mitgeteilt, dass die Reichspost in der Lage sei, jetzt für 200 Millionen Mark Aufträge zu vergeben. Dabei werde Gewicht auf Preisnachlass und Einstellung neuer Arbeitskräfte gelegt. Die Reichspost werde sich jedoch weder direkt noch indirekt in die Frage des Lohnabbaus einmischen. Das sei Sache der unmittelbar Beteiligten.

Der Reichspostminister machte schliesslich noch Mitteilungen über die Preisnachlassverhandlungen der Reichspost. Bei der Kabel- und Schwachstrom-Industrie habe die schon seit einem Jahr in Fluss befindliche Preissenkung zu einem Nachlass von 10 bis 12 % geführt. Bei der Autoindustrie seien die Preise gleichfalls um 10 bis 12 % gesenkt worden. Der Minister hofft, dass man auch im Baugewerbe zu ähnlichen Erfolgen kommt. Die mit Aufträgen bedachten Firmen hätten sich verpflichtet, neue Arbeiter durch Vermittlung der Arbeitsämter einzustellen. Zu erwarten sei auch eine Verordnung der Reichsregierung, wonach für die in Frage kommenden Aufträge nur inländische Rohstoffe verwendet werden dürfen. - Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

SPD. Paris, 8.Juli (Eig.Drahtb)

Die Regierung Tardieu hat sich am Dienstag in Kammer und Senat zwei Schlappen zugezogen.

In der Kammer begann am Dienstag die Debatte über die neue Petroleumkonvention. Sie fand aber ein schnelles Ende, da die Kammer sich mit 297 gegen 275 Stimmen weigerte, überhaupt in die Diskussion einzutreten. Es handelt sich bei dieser Konvention um die Ausbeutung des 25 prozentigen Anteils Frankreichs an den hypothetischen Petroleumquellen von Mossul. Diesen Anteil hat die Regierung Poincaré vor den Neuwahlen vom Jahre 1924 einer Privatgesellschaft, der Dompagnie Francaise des Petroles zugeschanzt, ohne dass dieses Abkommen je vom Parlament ratifiziert worden wäre. Am Dienstag wollte die Regierung Tardieu, auf diesem nie genehmigten Abkommen aufbauend, der Compagnie auch noch das Petroleummonopol in Frankreich aushändigen und zwar durch die Bestimmung, dass alle Händler bei ihr 25 Prozent ihres Bedarfes decken müssten. Der sozialistische Parteiführer Léon Blum protestierte gegen die Ungesetzlichkeit und verlangte, dass die Konvention von der Tagesordnung abgesetzt werde, bis der erste Poincaré-Vertrag genehmigt sei. Obwohl die Regierung mit den niedrigsten Mitteln gegen die Opposition vorging - einige Rechtsblätter beschuldigten Léon Blum, dass er voneiner Konkurrenz-Petroleumgesellschaft indirekt bestochen worden sei - schloss sich die Mehrheit des Parlaments Blum's Protest gegen den staatlichen Petroleumskandal an. In Vorausahnung seiner Niederlage hatte Tardieu darauf verzichtet, die Vertrauensfrage zu stellen.

Im Senat kam es bei der Interpellationsdebatte über einen Zwischenfall am Lehrerseminar von Auch, dessen Schüler die Erlaubnis zur Teilnahme an einer republikanischen Kundgebung nicht erhalten hatten, zu einer grundsätzlichen Debatte über die Laiengesetzgebung. Tardieu hatte die Unvorsichtigkeit begangen, die Entrüstung der Senatoren als unangebracht zu bezeichnen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er "siegte" mit einer Stimme. Mit 140 gegen 139 Stimmen lehnte der Senat das von dem Interpellanten Philip eingebrachte Misstrauensvotum ab.

SPD. London, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Das am Dienstag dem Unterhaus von der Regierung vorgelegte neue Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt neben der Erhöhung der Arbeitsbeschaffungsgelder die Abschaffung des zeitraubenden parlamentarischen Umweges für Verwaltungsakte der Regierung. Der Ressortminister und ein parlamen-

tarisches Komitee sollen ermächtigt werden, ohne Befragen des Parlamentes die notwendigen Massnahmen zur Beschaffung von Notstandsarbeiten, sowie zum Erwerb von Siedlungsland zu treffen. Andere Paragraphen des Gesetzes wollen den lokalen Behörden grössere Freiheit zur Ausführung von öffentlichen Arbeiten geben. Dadurch wird das grösste Hemmnis aus dem Wege geräumt, das bisher der Ausnutzung der im Budget vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsgelder entgegenstand.

Die Vorlage ist mit den Liberalen ausgearbeitet worden. Ihre Annahme im Parlament ist deshalb gesichert.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Dienstag das Osthilfe-Gesetz und den Gesetzentwurf über die Ablösungs-Bank mit einigen Änderungen an.

SPD. Köln, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Kölner Eisenbahnprozess Berufung eingelegt. Der zu 6 Monaten verurteilte Reichsoberbahnsekretär Fischer hat ebenfalls Revision angemeldet.

SPD. London, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Wenn das von den englischen Zeitungskönigen inszenierte und mit einem beispiellosen Propagandaaufwand durch ganz England geschleuste Bankier-Manifest zur Erhöhung der Schutzzölle einen ersten grossen Erfolg zu verzeichnen hat, so ist es der Umfall Baldwins und seine Kapitulation vor Beaverbrook und Rothermere. Den Stein ins Rollen gebracht hat der Kampf um die Kandidatur zu einer Nachwahl in Nord-Norfolk. Hand in Hand mit den Presselords wurde ein Kandidat aufgestellt, der in offener Auflehnung und Brüskierung Baldwins und seines Parteiflügels ein Bekenntnis zu den Zollideen von Beaverbrook und Rothermere ablegte. Alle Ermahnungen und Drohungen des konservativen Parteivorstandes gegen die Kandidatur blieben fruchtlos. Das Ende war die grosse Konferenz, in der Baldwin unter stürmischem Beifall die grosse Abrechnung mit seinen persönlichen und politischen Gegnern innerhalb der eigenen Partei hielt. Selten ist eine solch schmutzige Wäsche in England gewaschen worden, wie die in jener Versammlung. "Stinkende Kandidaten" nannte Baldwin die Gefolgmänner der Beaverbrook und Rothermere. "Ich werde zeigen, wer die schmutzigen Finger hat." Der konservative Parteiführer schreckte nicht einmal zurück von den Repressalien zu sprechen, die das politische Leben Englands vergifteten und besudelten: "Ich werde dem Lande zeigen, wer die Herren sind und den Kampf durchfechten bis zum letzten Ende!"

Kaum zwei Wochen sind seitdem ins Land gegangen und die Unterwerfung Baldwins ist da. Nachdem er sich ursprünglich geweigert hatte, im Wahlkreis Nord-Norfolk zu sprechen, schickte er jetzt an den Kandidaten Cook einen Brief, der unter einer Schimpfkanonade gegen die Arbeiterregierung, die den Rückzug und den Kniefall vor den im Wahlkreis anwesenden Presselords verbergen soll. Nicht allein, dass Baldwin in diesem Schreiben die Kandidatur Cooks unterstützt. Er legt auch ein politisches Glaubensbekenntnis für die bisher von ihm bekämpfte Erhöhung der Lebensmittelzölle ab. Er betet dadurch an, was er bisher verbrannte.

Das Erstaunen und das Kopfschütteln im konservativen Lager wird verstärkt durch einen von Baldwin und Chamberlain am Dienstag im Unterhaus eingebrachten Misstrauensantrag gegen die Arbeiterregierung, in dem die Regierung angeklagt wird, nichts gegen die Wirtschaftskrise unternommen zu haben, in dem sie die Zölle nicht erhöht habe. Damit treten Baldwin und Chamberlain offen für die

Zollidee der Zeitungskönige ein. Vollständiger konnte die Kapitulation des konservativen Parteiführers nicht werden. Die Beaverbrook und Rothermere-Presse feiert spaltenlang ihren Triumph und verbeisst sich selbst den Spott nicht, über den zu Kreuz gekrochenen Führer, indem sie ihn in Wort und Karikatur den Hohn der Sieger fühlen lässt. Gestern noch auf stolzen Rossen liegt Baldwin zwei Tage vor der am Mittwoch stattfindenden Nachwahl am Boden. Es darf jedoch sehr bezweifelt werden, ob der konservative Führer seine seit langem schwer erschütterte Stellung nach diesem Prestigeverlust noch lange überleben kann. Bisher hat die Baldwin-Richtung innerhalb der Konservativen Partei die Niederlage des konservativen Kandidaten geradezu herbeigefleht.

Dieser Gefahr bewusst, haben die Zeitungskönige das letzte hergegeben, um ihrem Günstling und Anhänger den Sieg über den Kandidaten der Arbeiterpartei, Frau Noel Buxton, zu verschaffen. Mit einer Spannung ohnegleichen erwartet England das Ergebnis des Wahlkampfes. Sollte die Arbeiterpartei den Sitz verlieren, so wird es in Ehren geschehen. Vielleicht zieht Cook infolge des ungeheuren Aufwandes der Zeitungskönige in das Unterhaus ein. Die konservative Partei würde jedoch an diesem Sieg wenig Freude haben. Die Presselords würden stürmischer denn je ihr Recht auf die Parteiführung geltend machen. So oder so: einer liegt heute schon auf der Walstatt, das ist Baldwin. Er hat seine Freunde abgestossen und seine Feinde werden ihm trotz aller Kniefälle und Kapitulationen nicht verzeihen.

SPD. London, 8.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Zahl der englischen Arbeitslosen hat sich in der vergangenen Woche um 75 258 Personen vermehrt. Sie ist damit auf 1 890 600 gestiegen; das sind 748 218 Arbeitslose mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

SPD. Der abgetretene Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer fordert vom Reich eine Pension von rund 30 000 Mark jährlich. Als Moldenhauer noch in Amt und Würden war, hat er ein Gesetz unterschrieben, nach dem ausscheidende Reichsminister keine Pension, sondern nur noch ein Übergangsgeld für einige Jahre erhalten sollen. Das Gesetz enthält eine Klausel, dass Minister, die zur Zeit der Verkündigung des Gesetzes im Amte waren, ihre Pensionierung nach dem alten oder dem neuen Gesetz beantragen können. Gestützt auf diese Klausel fordert Moldenhauer jetzt auf Kosten der Steuerzahler einen "Ehrensold" auf Lebzeit!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 8. Juli (Eig. Bericht).

Die Reichstagsaussprache über den Haushalt des Reichsfinanzministers und über sein Deckungsprogramm wurde am Dienstag fortgesetzt.

Der christlich=nationale Bauernführer von Sybel verlangte die sofortige Einführung des Verwaltungskostenbeitrages für die Gemeinden zur Senkung der Grundsteuer. Sachkundig wie immer sprach der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer. Er gestand zu, dass Hilferding in den Jahren 1928/29 auf dem rechten Wege gewesen sei, als er 600 Millionen Mark im Haushalt habe ersparen wollen, also wesentlich mehr als jetzt der Reichsfinanzminister Dietrich. Schon die Ressorts aber hätten das Streben Hilferdings aufgehalten, noch ehe diese Pläne an den Reichstag gekommen seien. Im Gegensatz zu der früheren Haltung der Volkspartei betrachtet Dr. Cremer das Notopfer auch für die Beamten, wenn es allgemein eingeführt werde, für untragbar. Dr. Cremer verlangt ferner erhöhte Sparsamkeit bei den Personalausgaben. In der Reichsfinanzverwaltung seien Beamte abgebaut und dafür Behördenangestellte hereingenommen worden. Die Deckungsvorlage des Reichsfinanzministers, insbesondere auch die Ledigensteuer, behandelte Dr. Cremer sehr zurückhaltend, liess jedoch Möglichkeiten zur Einigung offen. Der Wirtschaftsparteiler Colosser versuchte die Rede hinwegzudiskutieren, die sein Parteifreund Lücke als Beamter vor einigen Tagen gehalten hat.- Die Volkspartei werde für die Pensionskürzung auf 12 000 Mark stimmen. Scharf wandte sich Colosser gegen die Riesengehälter in den Gemeindebetrieben, durch die manche Futterwirtschaft gefördert und die Selbstverwaltung gefährdet werde. Es sei unerhört, dass Bürgermeister mehr Gehalt bekämen, als Reichsminister. Von allen Regierungsparteien sprach sich Colosser eigentlich noch am freundlichsten zu den Deckungsvorlagen der Regierung aus.

Der demokratische Abgeordnete Dr. Reinhold verlangte ebenso wie alle anderen Regierungsparteien die Einführung der Bürgerabgabe. Er will sie neben der Verzehrsteuer zur Wahl stellen: die eine Gemeinde könne die Bürgerabgabe einführen, die andere dagegen die Verzehrsteuer. Den Deckungsvorlagen seines eigenen Parteifreundes Dietrich stehe die Demokratische Fraktion ausserordentlich kühl gegenüber, wenn auch zugegeben sei, dass Dietrich die Moldenhauerschen Pläne verbessert habe. Reinhold verlangt Ersparnisse über 100 Millionen hinaus. Im Gegensatz zu der Ablehnung der Hansabund=Ersparnisvorschläge durch den Reichsfinanzminister versuchte Reinhold, eine Brücke zum Hansabund zu schlagen. Reinholds Rede zeigte überhaupt, was vorher schon kein Geheimnis war, dass zwischen Dr. Dietrich und der Demokratischen Reichstagsfraktion alles andere als Einigkeit besteht. Der Gesamteindruck aller regierungsparteilichen Reden der letzten beiden Tage ist, dass die Regierung noch mancherlei Schwierigkeiten haben wird, ihre eigenen Parteien vollkommen auf ihre Seite zu bringen. Der Kuriosität halber sei der Vorschlag Dr. Cremers erwähnt, die Bürgerabgabe, also die Kopfsteuer, durch die Hausbesitzer einkassieren zu lassen.

Mit der Beratung wurde die Debatte über eine Interpellation des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Wienbeck verbunden, der auf Grund von lügenhaften und längst überholten Erzählungen über den Görlitzer Konsumverein an die Regierung interpelliert, was sie gegen die Steuerhinterziehung von Konsumvereinen und gegen das Niederschlagen von Steuern durch die Behörden gegenüber den Konsumvereinen tun wolle. Herr Wienbeck scheint sich inzwischen überzeugt zu haben, dass er auf Klatschgeschichten hereingefallen ist. Er hat sich nämlich auf 7 Tage beurlauben lassen und so seine eigene Interpellation preisgegeben. Als von sozialdemokratischer Seite diese Flucht des deutschnationalen Abgeordneten vor seiner eigenen Interpellation bekanntgegeben wurde, war Herr Wienbeck und seine Interpellation 100prozentig erledigt.

Weiterberatung Mittwoch.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Die rote Kaserne.

SPD. Im Nazilager ist der Streit entbrannt um den "revolutionären Charakter" der Partei. Da die Nationalsozialisten die Affen der Kommunisten sind, hat auch dieser Streit sein Vorbild: es ist die Wiederholung der Auseinandersetzung von 1923 zwischen den Brandleristen und der kommunistischen Linken unter Ruth Fischer, nur dass bei den Nationalsozialisten die Brandleristen, der Hitlerflügel, ganz erheblich in der Mehrzahl sind. In der Kommunistischen Partei, dem Vorbild der Nazis, kennt man heute keinen Zweifel mehr am "revolutionären Charakter" der Partei, und man hält jeden, der zu zweifeln wagen würde, praktische Beweise entgegen. So wird in der kommunistischen Zeitschrift "Das proletarische Kind", Heft 2, folgendermassen über die Ausbildung von 17 und 18 jährigen Führern bei den Jungpionieren berichtet:

"In einem besonderen Militärzirkel, der mit der Bearbeitung des Kommando reglements, mit der Erlernung des Morsealphabetes begann, baute man Maschinengewehre, Schützengräben, Maskierungen. Vor Beginn eines Geländespieles wurden die Teilnehmer mit der Taktik des Sturmes und der Maskierung vertraut gemacht und politisch wurde ihnen die Bedeutung dieses letzten Kampfes im Bürgerkrieg erzählt."

Maschinengewehre, Schützengräben, Sturm und Bürgerkrieg - das muss doch revolutionär sein! Ist eine Partei, die derartig blödsinnige Spielereien betreibt, die von Lockspitzeln erfunden sein könnten, wirklich revolutionär? Das wahre Wesen der Revolution liegt im Geistigen nicht im Maschinengewehr und der Militärtechnik! In der roten Kaserne, die die Kommunisten anstreben, müssen Idee und Begeisterung sterben. Die Kadettenmentalität von früher ist bekannt. Rote Kadetten werden sie genau so zeigen wie schwarzweissrote. Es ist eine erhebende Entwicklung, die in den extremen Lagern die Idee des Revolutionären nimmt! Die Nationalsozialisten sind die Affen der Kommunisten, und die Kommunisten die Affen des alten preussischen Unteroffiziers!

Handlanger der bürgerlichen Gesellschaft.

Im Baseler grossen Rat gab es vor kurzem eine grosse Kommunistendebatte. Die bürgerlichen Parteien verlangten von der Kantonalregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfes gegen die Kommunisten. Das Gesetz soll die Handhabe bieten für ein Verbot der Kommunistischen Partei, der kommunistischen Arbeiterschutzwehr, die dem Rotfrontkämpferbund nachgebildet ist und des kommunistischen Jungsturms. - Ferner forderte sie eine Verschärfung der Geschäftsordnung des grossen Rates, da das Verhalten der Kommunisten kürzlich zu einer wüsten Prügelei geführt hatte. Bei der Begründung der Anträge in der Sitzung des grossen Rates von Basel-Stadt charakterisierte nun am Donnerstag, den 26. Juni, der liberale Nationalrat Dr. Ronus die kommunistische Partei mit folgenden Sätzen:

"Im Grunde genommen müssen wir Bürgerlichen der Kommunistischen Partei eigentlich sehr dankbar sein. Ja, wir müssten diese Partei selber gründen, wenn es sie nicht gäbe. (Heiterkeit) Ohne kommunistische Partei sässen wir Bürgerlichen heute jedenfalls in viel bescheidener Position hier im Rat und andere führten das Regiment. Eine solche Partei, die stets dafür sorgt, dass unserer Arbeiterschaft die Stallaterne nicht ausgeht, die muss geschont werden Aber sie muss sich in zulässigen Grenzen halten, sonst hört Rücksicht und Schonung plötzlich auf."

Drastischer und zutreffender kann die Handlangerrolle der Kommunisten für die bürgerliche Gesellschaft nicht gekenntzeichnet werden.

Die Exklave als politischer Naturschutzpark.

Es geht nichts über die deutsche Kleinstaaterei! In Preussen ist das Tragen nationalistischer Uniformen verboten, im Anhalt nicht. Also gehen die Nationalsozialisten, die in Preussen in der Nähe von Anhalt wohnen, einfach über die anhaltische Grenze, wenn sie in Uniform aufmarschieren wollen. Die Nationalsozialisten von Schönebeck und Calbe in der Nähe von Magdeburg haben es besonders einfach. Zwischen beiden Städten liegt die anhaltinische Exklave Grossmühlingen. Sie ist ein Naturschutzpark für Hakenkreuzler und ähnliche Spezialitäten geworden. Fast jeden Sonntag erhält sie Besuch, sei es von Nationalsozialisten, sei es von Kommunisten. Dort herrscht die volle Uniformfreiheit, und die preussischen Gendarmen dürfen an der Grenze stehen und zusehen. Ein echtes Kleinstadtidyll, Die politische Geographie Deutschlands birgt ungeahnte Möglichkeiten!

Er hatte es ganz schön - .

Der Geschäftsführer Rudolf Rehm des Gaues Brandenburg der Nationalsozialistischen Organisation hat sich vom Hitlerflügel losgesagt und dem Strasserflügel angeschlossen. Er hat diesen Schritt in einem langen Schreiben an den nationalsozialistischen Gauleiter Holtz begründet. Das Schreiben ist nicht weiter von Interesse, nur an einem Punkt verdient es Beachtung, nämlich dort, wo die Menschlichkeiten zum Vorschein kommen. Am Schluss dieses Schreibens heitsst es:

"Der beste Beweis für mein nur von meinem Gewissen diktiertes Handeln ist doch wohl der Ausspruch ihrer Frau, die am Mittwoch abend wörtlich sagte: Sie haben es doch garz schön als Geschäftsführer, weshalb wollen Sie sich in eine ungewisse Zukunft stürzen?"

Der naive Ausspruch der Frau eines Hitlerfunktionärs leuchtet hell in das Wesen des Apparats der Hitlerpartei hinein. Man darf diesen Funktionären nicht Idealismus, nicht einmal Fanatismus konzedieren, sie werden nicht getrieben von einem inneren Dämon. Ihre Mentalität ist enthalten in dem Gedanken Er hatte es doch ganz schön beim Gelde der Industrie, was hatte er nötig, ein Gewissen, eine eigene Meinung haben zu wollen!

Vom ewigen Leben der Gesslerhüte.

Die Nordeifel ist seit dreiviertel Jahren von den Besatzungstruppen geräumt. Aber immer noch stehen überall an den Strassen die Schilder aus der Besatzungszeit: Besetzes Gebiet, Territoire occupé, Territoire inoccupé. Dazu die Wegweiser in französischer Sprache. Die Besatzung ist fort, aber ihre Symbole sind noch da! Eine Zuschrift an die "Kölnische Zeitung" führtdarüber Beschwerde, sie erzählt, dass in der Nähe von Blankenheim Arbeiter mit der Ausbesserung der Strasse beschäftigt waren, neben ihnen auf hohem Posten ein Schild "Besetzes Gebiet". Aber weder Arbeiter noch Aufseher hätten daran gedacht, es zu beseitigen. Fort mit den Gesslerhüten, so ruft die "Kölnische Zeitung". Ja, so etwas geht in Deutschland langsam! Wir haben nun immerhin schon zwölf Jahre lang eine Deutsche Republik, und immer noch findet man an allen Ecken und Enden die Gesslerhüte der Monarchie. Man gehe nur einmal die bayerische Grenze entlang! Legt man diesen Masstab an, so werden die Gesslerhüte der Besatzungstruppen im ehemalig besetzten Gebiet auch nach zehn Jahren stehen.

Aus aller Welt

Göbbels, Stinnes, Sadathieraschwili...

Gang über die Grosschlachtfelder von Berlin-Moabit.

SPD. Rundgang durch Berlin-Moabit. Drei verschiedene Prozesse, drei, jeder in seiner Art, sehr typische Prozesse. Fangen wir mit den Tscherwonzen an. Hier verhandelt man schon seit Wochen, zum Teil in Abwesenheit der Nebenangeklagten. Allerdings fehlt auch einer der Hauptakteure. Dieser eine ist der behäbige, finster verschlagene Karumidze, in besseren Zeiten georgischer Grossagrarier-Häuptling und vor allem einer der prominentesten und geschicktesten Geschäftemacher des Jahrgangs 1930. Herr Karumidze hat sich der Peinlichkeit einer neue Verhandlung durch die Flucht entzogen. Aber sein Jünger Sadathieraschwili, der ehrgeizige, von politischem Fanatismus und hysterischer Eitelkeit zugleich entflammte Jüngling mit dem stechenden Blick und den unruhigen Gesten, ist zur Stelle, und ihn trifft deshalb die Sensation, die in diesen Tagen das Dunkel der gefälschten Tscherwonzen erhellt hat mit aller Schärfe. Der politische Idealist soll zum gemeinen Zweckverbrecher degradiert, der Befreier seines Volkes zum schmierigen Gschaftlhuber gestempelt werden. –

Der "Verrat" des Ingenieurs Bell.

Woher kommt dieser plötzliche Umschwung, gegen den sich der freundliche Verteidiger Baer mit allen Kräften, mit Ironie und mit klingendem Pathos, wehrt. Der Mann, der den Giftpfeil abschoss, ist niemand anderes als der Ingenieur Bell, Spion in mancher Leute Diensten und zu mancherlei Verwendung, der Mann, dessen Vergangenheit dunkler ist, als die Wolken an einem Gewitterhimmel. Gerade, als Sadathieraschwili aufsteht, um wieder einmal im Namen der georgische Belange ein paar schmetternde Phrasen vom Stapel zu lassen, erhebt sich die massive Gestalt des Ingenieurs, die langen muskulösen Arme machen rudernde Bewegungen, und mit hochrotem Kopfe ruft der plötzlich die gemeinsame Fahne verlassende Komplize in den Saal: "Das ist ja alles Schwindel, was die Georgier hier erzählen. Jetzt will ich mal auspacken. Die Beiden sind ja gar keine Idealisten. Die Tscherwonzen haben sie gefälscht, um möglichst viel Geld daran zu verdienen—" Grosse Panik bei der Verteidigung, noch grössere bei dem fanatischen Jüngling Sadathieraschwili. Herr Rechtsanwalt Sack, die Prominenz im Femeverteidigungssachen, macht ein Gesicht, als ob er auf saure Gurken gebissen hätte. Nun berennt die Verteidigung den dunklen Herrn Bell, um, wenn möglich, seine Vergangenheit noch dunkler zu machen. Der eine will ihn für verrückt erklären lassen, der andere neigt mehr zu der These, ihn als notorischen Schurken zu deklarieren, dessen Aussagen man, so oder so, als erstunken und erlogen bezeichnen müsse. Immerhin, die Situation der Georgier hat sich sehr verschlechtert. Der schlaue Karumidze kann froh sein, dass er fern von Berlin-Moabit weilt.

Die ewigen Konferenzler.

Der Balte von Korsell, der am Dienstag vernommen wird, weiss davon zu erzählen, wie die Georgier und ihre Hinterleute, teils Naivlinge mit politischen Stammtischkomplexen, teils hartgesottene Abenteurer mit romantischer Desperadogesinnung, in Berlin "hohe Politik" gemacht haben. Aus dem Konferieren kamen sie nicht heraus, eine Besprechung jagte die andere, es ging zu wie in einem Generalstab. Nur, dass bei all dieser Wichtigtuerei nicht mehr herauskam als ein gut organisiertes Geschäft mit gefälschten Geldscheinen. Das hätte man billiger haben können! – Der fanatische Jüngling auf der Anklagebank lächelt jetzt gar nicht mehr ironisch, sondern vielmehr weich und träumerisch.

Er erinnert sich wohl an die Konferenzen. Es war sicher die glücklichste Zeit seines Lebens, diese Zeit der unermüdlichen Wichtigtuerei.

Held Goebbels kneift.

Dann kommt man in einen anderen Saal. In diesem Saal, der dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg für seine Verhandlungen zur Verfügung steht, ist alles vorhanden, was zu einem ordnungsmässigen Prozess gehört. Vorsitzender, Staatsanwalt, gefüllte Zuschauerräume, Presse- nur einer fehlt: nämlich der Angeklagte. Herr Josef Göbbels, der tapfere Held mit dennicht erhaltenenReitpeitschenhieben, steht unter der Anklage, mehrere Minister, auch den früheren preussischen Innenminister Grzesinski, in der unerhörtesten Weise in seinem Blättchen beschimpft zu haben. Aber siehe da, der wackere Barde kniff ganz jämmerlich. Im Zuschauerraum sassen die bekannten blonden Jünglinge mit dem Abzeichen des dritten Reiches im Knopfloch, gähnten und langweilten sich fürchterlich. Sie kamen gar nicht auf ihre Kosten und waren, nicht zu Unrecht, über ihren grossen Goebbels schwer enttäuscht. Denn Herr Goebbels hatte die Hilfe der nationalsozialistischen Gauleitung in Anspruch genommen, um sich von diesem Prozess zu drücken. Dem Vorsitzenden lag ein Attest vor, nach dem Herr Goebbels, wohl infolge der Abspaltung des revolutionären Otto Strasser und seiner wilden Mannen, schwer erkrankt sei und sich vor jeder unregelmässigen Lebenshaltung hüten müsse. Nur das Schimpfen und Beleidigen scheint ihm der Arzt, weil das wohl etwas Regelmässiges für ihn ist, nicht verboten zu haben. Der Staatsanwalt erhebt sich ein wenig lächelnd und sagt, wobei ein Unterton von Ironie in seinen Worten mitklingt: "Dann werde ich eben einen Haftbefehl erwirken müssen - -, so geht das doch nicht."

Und alle Tage: Stinnes & Co.

Ein dritter Prozess: Herr Stinnes junior und die Seinen. Sie kämpfen zäh und verschlagen und unter Benutzung aller möglichen prozesstechnischen Kniffe gegen den Staatsanwaltschaftsrat Berliner, der sich aber wacker zur Wehr setzt. Es ist ein Turnier von nicht alltäglichen Ausmass. Ueber den grossen Sünder Hugo Stinnes hält der glänzende Anwalt Alsberg seine schützende und bewährte Hand. Landgerichtsdirektor Tolk, ein Mann mit jovialen Manieren, leitet das komplizierte Prozessunternehmen mit Umsicht, aber auch mit grosser Gründlichkeit. In der vieltägigen Verhandlung haben sich die Chancen der Angeklagten kaum gebessert-, wenn auch Herr Alsberg immer wieder versucht, die Kriminalkommissare, die die Untersuchungen und Vernehmungen geleitet haben, k.o. zu schlagen. So kommt es am Dienstag bei der Vernehmung des Kriminalkommissars Rassow zu einer hitzigen Attacke der Verteidigung auf den bei den Angeklagten verständlicherweise höchst unbeliebten Mann. Es bleiben wohl Widersprüche; sie sind jedoch hauptsächlich untergeordneter Natur. Dann beginnt aufs Neue die Vernehmung des Hauptakteurs. Mit lässigen Gesten, einer brüchig-dumpfen Stimme und etwas gequälten Bewegungen beginnt Stinnes das zweite Plädoyer seiner Unschuld; dann kommt, kühl und beherrscht, der blonde Herr von Waldow, Stinnes' Privatsekretär, und tutet in das gleiche Horn... Im Saal beginnt ein Gähnen auszubrechen. Selbst die Verteidiger werden nervös und klopfen mit dem Handknöchel auf den Tisch. Herr Stinnes, Ihre Sache scheint nicht allzu gut zu stehen.

\+ \+ \+

Zuchthausanträge im Mousdörffer-Prozess. Der Staatsanwalt beantragte am Dienstag im Mousdörffer-Prozess gegen den Angeklagten Schuberth wegen Raubes mit Todeserfolg 10 Jahre und gegen Popp wegen des gleichen Verbrechens 8 Jahre Zuchthaus. Ausserdem forderte er für beide Angeklagten die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und wegen Gemeingefährlichkeit die Stellung unter Polizeiaufsicht.

Am Dienstag kamen zunächst die Sachverständigen zu Worte. Professor Fischer, der infolge einer Erkrankung in seiner Wohnung vernommen worden war, kommt in seinem Gutachten im Gegensatz zu den anderen Sachverständigen zu dem

Schlusse, dass Frau Meussdörffer den Erstickungstod infolge Würgens erlitten habe. Der Umstand, dass Frau Meussdörffer noch längere Zeit nach dem Würgen gelebt habe, spreche nicht gegen diese Annahme. Der Sachverständige Dr. Förstel Arzt der Strafanstalt, beschäftigt sich eingehend mit den geistigen Anlagen des Angeklagten Schuberth. Bei der Schilderung von Schuberth's Selbstmordversuch weint der Angeklagte unaufhörlich. Dr. Förstel erklärt Schuberth für einen gutmütigen Menschen, der sich in hohem Grade von Stimmungen beeinflussen lasse Im Gefängnis habe sich Schuberth auch mit einer bereits seit zehn Jahren gehegten Erfinderidee beschäftigt. Er habe versucht, den Traum vom fliegenden Menschen, der an den Armen Flügel habe, die durch einen an der Brust angebrachten Motor betrieben werden, zu verwirklichen. Schuberth sei ein Phantast, doch liege bei ihm keine Bewusstseinsstörung vor, die eine Verantwortung für seine Tat ausschliesse. Geheimrat Dr. Borst-München, hält einen unmittelbaren Erstickungstod der Frau Meussdörffer nicht für vorliegend. Nach seiner Ansicht ist vielmehr der Tod durch Herzlähmung wahrscheinlich.

In seinem Plädoyer geht Staatsanwalt Dr. Schohl von der Feststellung aus, dass das Geständnis der beiden Angeklagten einwandfrei, also ein Zweifel an ihrer Täterschaft nicht zulässig sei. Kommerzienrat Meussdörffer sei von dem schweren Verdacht, in den er durch eine Verkettung unglückseliger Umstände gekommen sei, restlos gereinigt. Die beiden Angeklagten hätten es auf einen Geld diebstahl in der Villa Meussdörffer abgesehen, und bei dieser Tat habe ein Mensch seinen Tod gefunden. Das Verbrechen sei von den beiden Angeklagten in Mittäterschaft ausgeführt worden. Bei der Strafbemessung müsse man Schuberth mildernde Umstände wegen seiner psychopathischen Veranlagung zubilligen. Erschwerend fielen allerdings seine vielen Vorstrafen ins Gewicht. Als Strafmilderungsgrund bei Popp sei die Tatsache heranzuziehen, dass er sich von Schuber habe verführen lassen.

\+ \+ \+

Todessturz aus dem Ferienzuge. Am Dienstag früh fiel auf der Strecke zwischen Frankfurt/Oder und Berlin ein etwa neunjähriger Knabe aus einem von Breslau kommenden Ferienkinderzuge und erlitt so schwere Verletzungen, dass er kurz nach seiner Einlieferung in das Frankfurter Krankenhaus starb. Die Reichsbahn hat eine Untersuchung eingeleitet.

\+ \+ \+

Riesiger Waldbrand. Im Waldbesitz des Fürsten von Liechtenstein im Altvater-Gebirge (Tschechoslowakei)ist ein Brand ausgebrochen, der einen Waldbestand von 15 Hektar erfasst hat. Tschechoslowakisches Militär und zahlreiche Feuerwehren der Umgebung sind zur Bekämpfung des Brandes eingesetzt worden, doch glaubt man, dass nur starke Regengüsse das Feuer zu löschen vermögen.

\+ \+ \+

Der Vesuv speit Feuer. Aus dem Hauptkegel des Vesuvs und aus verschiedenen Lavaquellen am Fusse des Berges sind in diesen Tagen neue Eruptionen erfolgt. Eine Gefahr für die umwohnende Bevölkerung scheint jedoch einstweilen noch nicht zu bestehen.

\+ \+ \+

Das tödliche Rettungsseil. Bei einer Bergbesteigung in den Zillertaler Alpen ist eine Studentin der Rechte aus Königsberg einige Meter tief in eine Gletscherspalte gestürzt. Ein Begleiter konnte die Verunglückte, die am Rettungsseil hing, zwar vor einem weiteren Absturz bewahren, sie jedoch nicht heraufziehen. Als endlich auf seine Notsignale hin Hilfe vom Furtschafelhaus kam und die Studentin emporzog, war die Abgestürzte bereits erstickt. Das Seil hatte ihren Brustkorb zusammengeschnürt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Auf dem toten Punkt.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wird, am 1. Juli 1 469 000, d.h. um 36 000 weniger als vor 14 Tagen, und in der Krisenunterstützung 364 000, d.h. um 12 000 mehr als 14 Tage zuvor. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. Juli 1 833 000; das sind 900 000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Ueberlagerung ist also dieselbe geblieben. An verfügbaren Arbeitssuchenden waren nach dem Bericht bis Beginn des Juli 2 690000 vorhanden an effektiv Arbeitsuchenden (also ohne Notstandsarbeiter und der noch in Stellung, aber in Kündigung befindlichen Arbeitskräfte) 2 636 000.

Die Lage in den einzelnen Bezirken ist unterschiedlich. In Westfalen ist eine Zunahme der Unterstützungsempfänger um etwa 3 000 festgestellt. Eine kräftigere Besserung zeigen hauptsächlich die landwirtschaftlichen Bezirke Ostpreussen, Pommern, aber auch Mitteldeutschland und Sachsen; die hier zu beobachtende kleine Erleichterung war dringend notwendig, Gestiegen ist die Zahl der Arbeitsuchenden in kleinem Umfang in Brandenburg, Westfalen, Rheinland und ebenso bei einzelnen Arbeitsämtern in Schlesien.

Die Stillegungsanzeigen (hauptsächlich solche vorsorglicher Art) treten wieder stärker auf, ebenso nimmt die Kurzarbeit wieder zu. Ausgesteuerte Industriearbeiter wandern zu berufsfremder Arbeit ab, vor allem in die Landwirtschaft und in ungelernte Arbeit. Im Bergbau zeigt die Braunkohle eine leichte Besserung, während bei der Steinkohle die Halden noch immer wachsen und die Feierschichten im wesentlichen gleich geblieben sind. Die Erntearbeit hat eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften für die Landwirtschaft zur Folge gehabt. Im Baugewerbe herrscht zur Zeit stärkste Fluktuation infolge kurzfristiger Arbeit, hauptsächlich bei Reparaturen; die Nachfrage nach Arbeitskräften für Neubauten ist nach wie vor gering. In der Konfektionsindustrie hat der Saisonschluss, besonders für Mäntel, zu Entlassungen geführt. Eine geringe Erleichterung weisen in der Textilindustrie Wolle und Seide auf. Der Arbeitsmarkt der metallverarbeitenden Industrie ist überall schwach. Der Kurort- und Bäderbetrieb entwickelt dies Jahr eine geringere Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Entlassung vieler Hausangestellten hat wie gewöhnlich mit dem Beginn der Ferien- und Reisezeit wieder kräftig eingesetzt. -

\+ + +

Das Gesamtbild ist recht ernst. Es zeigt, dass der Rückgang in der Arbeitslosenversicherung geringer ist als die Aussteuerung. Täglich werden gegenwärtig in der Arbeitslosenversicherung rund 8000 Unterstützungsempfänger ausgesteuert, während der Abgang aus der Versicherung in den letzten 4 Wochen pro Tag nur 3 000 betrug; es ist also ein Zugang von 5000 zu verzeichnen. Die Situation hat sich tatsächlich weiter verschlechtert, und die Reichsregierung hätte wirklich allen Anlass, jetzt mit stärkster Beschleunigung die von ihr seit langem angekündigte Ankurbelung des Arbeitsmarkts durch besondere Arbeitsbeschaffung vorzunehmen. Diese Arbeitsbeschaffung besteht, wie der Reichsarbeitsminister am Dienstag im Sozialpolitischen Ausschuss bei der Erörterung der Anträge zur Erweiterung der Krisenfürsorge ausführte, in zusätzlicher Arbeit im Gesamtbetrag von 500 Millionen in Form von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost, in einem Bauprogramm auf einer finanziellen Grundlage von 250 Millionen und in der Verbesserung der produktiven Erwerbslosen-

fürsorge durch Bereitstellung von 100 Millionen für Strassenbau und 60 -80 Millionen für Notstandsarbeiten. Wichtig ist, dass vor allem bei den Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost auch die Landesarbeitsämter ein Wort mitsprechen, damit nicht nur gewisse Firmen die Aufträge erhalten, sondern zunächst die Bezirke berücksichtigt werden, die unter der Arbeitslosigkeit ganz besonders zu leiden haben.

SPD. Die Unfallstatistik des preussischen Bergbaus für das Jahr 1929 zeigt nach den amtlichen Mitteilungen folgendes Bild: Insgesamt ereigneten sich 128 644 Unfälle (im vergangenen Jahre 128 651). Davon waren tödlich 1191 (1129), eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen hatten zur Folge 4025 (4323), Unfälle, eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 4 bis einschliesslich 13 Wochen 33 604 (33 533) Unfälle. Die tödlichen Unfälle verteilen sich zu 82,9% (81,9) auf den Untertagebetriebm zu 4,9% (5,2) auf den Tagebau und zu 12,2% (12,9) auf die Tagesanlagen.

Im Steinkohlenbergbau entfielen auf 1 000 Mann der Belegschaft: 234,62 Unfälle insgesamt (239,07), davon 2,12 (2,02) tödlich, 7,02 (7,88) mit einer Arbeitunfähigkeit von mehr als 13 Wochen und 61,78 (63,oo) mit einer solchen von mehr als 4 bis einschliesslich 13 Wochen.

Die einzelnen Unfallarten waren, gemessen an den tödlichen Unfällen untertage im gesamten Bergbau, folgendermassen beteiligt:
Stein- und Kohlenfall 42,5% (42,5%), in Schächten und einfallenden Strecken 27,8% (30,1%), in söhligen Strecken und im Abbau 18,3% (17,0%), durch Sprengstoffe 2,0% (3,2%), durch Gase und Kohlenstaub 5,8% (3,1%). Bei Ziffer 2 und 3 handelt es sich hauptsächlich um Unfälle bei der Fahrung und Förderung.

SPD. Seit April dieses Jahres kämpfen in Irland die staatlichen Omnibusangestellten um die Anerkennung ihrerGewerkschaft. Nunmehr haben sich die irischen Eisenbahner mit ihren Kollegen von den Omnibusgesellschaften solidarisch erklärt und beschlossen, am Mittwoch in den Streik zu treten, wenn bis dahin die Forderungen der Omnibusangestellten nicht erfüllt sein sollten.

SPD. Der Generalsekretär des IGB, Sassenbach, hat in dem Organ des Niederländischen Gewerkschaftsbundes "De Strijd" zur Frage der Sitverlegung Stellung genommen. Er ist der Auffassung, dass auf dem Stockholmer Kongress wohl mit einer Mehrheit für Berlin zu rechnen sei; die deutsche Gewerkschaftsbewegung werde jedoch den Sitz nur dann übernehmen, wenn die Mehrheit zahlenmässig und auch moralisch gross genug sei.

SPD. In den Manstedtwerken in Troisdorf (bei Köln) ist der Lohnsenkungskonflikt zum Abschluss gekommen. Nach Beschluss der Gewerkschaften wurde am Dienstag die Arbeit wieder aufgenommen. Die Werksleitung hatte sich, als es Ernst wurde, bereit erklärt, die vorgesehene Herabsetzung der Metallarbeiterlöhne zu mildern. Schliesslich machte sie das Angebot, vom Lohnabzug, der insgesamt 30 000 Mark betragen sollte, 3 000 Mark nachzulassen. Die entscheidende Abstimmung bracht nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit für einen Streikbeschluss.

SPD. Die Agrarier fürchten für ihr Polenkontingent. Sie merken, dass die Oeffentlichkeit gegenüber ihrem Gerede, sie könnten ohne Polen die schwere landwirtschaftliche Arbeit nicht erledigen, misstrauischer geworden ist. Sie bauen daher rechtzeitig vor, wie ein Rundschreiben zeigt, das der Land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband des Kreises Oschersleben e.V. am 6. Juni verschickt hat. In dem Rundschreiben, das die Vermerke "streng vertraulich" und "durch geschlossenen Brief" trägt, wird zunächst darauf aufmerksam gemacht, dass die Gewerkschaften eine äusserst rege Tätigkeit zur Herabsetzung des Kontingents ausländischer Wanderarbeiter entfalten. Es heisst dann weiter

"Bei irgendwelchem, auch vorübergehendem Arbeiterbedarf bitten wir, Arbeiterinnen stets schriftlich für die betreffende Arbeit beim Arbeitsamt Nordharz anzufordern (Hederich ziehen, Zurückbleiben beim Rüberhacken). In den meisten Fällen wird das Arbeitsamt den Bescheid erteilen, dass es weibliche Arbeitskräfte nicht vermitteln kann. Diese Bescheinigung ist sehr wertvoll für die nächsjährige Polenbeschaffung, und bitten wir, dieselbe uns abschriftlich oder im Original zuzusenden. Dieses Verfahren muss auch bei Arbeiterbedarf in der Ernte und beim Dreschen wiederholt werden. Es schadet auch nichts, wenn andere Mitglieder, die keine Polen beschäftigen(!) in gleicher Weise vorgehen. Diese haben jedoch aus begreiflichen Gründen dieses Rundschreiben nicht erhalten. Sie müssen also, sobald sie gesprächsweise hören, dass auch anderweitig Arbeiterbedarf vorhanden ist, auf diesem Wege die Herren in Ihrem Orte aufmerksam machen."

Das ist deutlich. Hier liegt ein einwandfreier Beweis dafür vor, dass die Agrarier das heutige Polenkontingent ohne Rücksicht auf den deutschen Arbeitsmarkt beibehalten wollen. Es sieht ganz so aus, als ob die Agrarier verneinende Bescheinigungen der Arbeitsämter bei Nachfrage nach einheimischen Arbeitskräften förmlich wünschen. Die Arbeitsämter sollten daher den landwirtschaftlichen Unternehmern, die fremde Arbeitskräfte beschäftigen, etwas genauer auf die Finger sehen. Im nächsten Jahr muss das Polenkontingent unter allen Umständen sehr kräftig gekürzt werden. Den durch die strukturellen Veränderungen der Industrie für immer frei gesetzten Arbeitskräften bleibt nichts anderes übrig, als sich nach anderen Berufen umzusehen. Die Landwirtschaft muss, ob sie will oder nicht, einen Teil dieser Arbeitskräfte - natürlich nicht zu Polen-Löhnen - aufnehmen.

SPD. Die Lohnbewegung in der Industrie Steine und Erden hat im Reich keine nennenswerte Veränderungen gebracht. Lohnkündigungen erfolgen fast nur von Arbeitgeberseite zum Zweck der Lohnkürzung. Diese Lohnkürzungsversuche sind so gut wie abgewehrt. Nur in der Ziegelindustrie Sachsens herrscht zur Zeit tariflich ein noch etwas recht unsicherer Zustand. Zur Zeit finden zur Klärung der Lage in Leipzig Verhandlungen statt. In der sächsischen Kalksteinindustrie konnte der drohende Konflikt vermieden werden. Es kam zu einer Vereinbarung, die die bisher geltenden Stundenlöhne bestehen liess. Ebenso wurde der Tarifstreit in der sächsischen feuerfesten Industrie durch eine Vereinbarung beendet.

Von einer Preissenkung ist in der Industrie Steine und Erden noch nichts zu beobachten, Von der leichten Preissenkungstendenz bei den Baustoffen sind Steine und Erden bis jetzt unberührt geblieben. Vor allem macht die Zementindustrie keine Miene, mit den Preisen herunterzugehen. Sie hat sich durch ihren Kampf gegen die Aussenseiter finanziell zu sehr festgelegt. Viele Millionen sind durch Aufkauf von Kalkfeldern und Konkurrenzbetrieben gebunden worden. Wo scheinbar eine Preissenkung vorliegt, handelt es sich in Wirklichkeit um schlechtere Zementsorten. Von einer Preissenkung in der Industrie Steine und Erden kann also nicht gesprochen werden. Ob unter diesen Umständen die zur Zeit im Reichswirtschaftsrat geführten Verhandlungen zur Senkung der Preise der Baustoffindustrie zu einem Erfolg führen werden?

Wirtschaft Technik Handel

Die Getreideversorgung.

Schieles Experiment mit dem Weizenrichtpreis.

SPD. Die Zeit ist allmählich so weit herangerückt, dass man sich ein annäherndes Bild über die zukünftige Weltversorgung mit Getreide machen kann. Die Möglichkeit, die Versorgungslage zu überschauen, drückt sich wohl am besten darin aus, dass die Tendenz der Getreidepreise auf dem Weltmarkt nach unten gerichtet ist. Sie wird auch durchweg durch die starken Zufuhren aus neuer Ernte erklärt. Selbst wenn man die grossen Uebergangsbestände in den überseeischen Ländern nicht berücksichtigen will, kann man sagen, dass die Weltversorgung im neuen Erntejahr zumindesten nicht schlechter, vielleicht noch besser sein wird als im verflossenen Jahr.

Das gilt in erster Linie für Weizen, dessen Ernten in den beiden nordamerikanischen Staaten (Union und Kanada) zusammen ziemlich sicher einige Millionen Tonnen grösser ausfallen werden als 1929. Bei den europäischen Staaten wird man mit einer gewissen Verschiebung rechnen müssen. Es hat aber nicht den Anschein, als ob gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Verschlechterung eintreten würde. Bis vor einiger Zeit hat man allerdings in Frankreich lebhaft geklagt und die trübsten Schätzungen gingen bis zu einem Minderertrag von 30 % gegenüber dem allerdings ganz ungewöhnlich guten Vorjahr. Aber auch in Frankreich ist man jetzt hoffnungsvoller geworden. Für die Weltversorgung spielt mit, dass die Ernten diesesmal beträchtlich früher hereingenommen werden können als sonst. In den überseeischen Ländern wirkt sich auch zum ersten Mal der Einsatz von Mähdreschern und Traktoren voll aus und begünstigt die Mobilisierung der Ernte. Auch in Europa liegt gegenwärtig, zu Anfang Juli, bereits ein nicht unbeträchtliches Angebot von neuem Donauweizen vor. In Deutschland ist Wintergerste zum grössten Teil geschnitten. Auf den ganz leichten Böden Brandenburgs und der Grenzmark, wo teilweise Notreife eingetreten ist, konnte man schon Anfang Juli an den Schnitt gehen. Im übrigen dürfte der Roggenschnitt ganz allgemein nicht mehr lange auf sich warten lassen. Weiter ist von Bedeutung, dass die Aussichten auf der südlichen Erdhälfte, insbesondere in Argentinien, günstig sind. Das Gesamtbild wird durch ein in diesem Jahr ungewöhnlich starkes Angebot Indiens, dessen Ernte grösser ist als seit Jahrzehnten, abgerundet. So erklärt sich die flaue Tendenz auf den Weltgetreidemärkten. Die amerikanische Regierung ist eifrig bemüht, den Druck auf die Preise zu bremsen. So hat das Bundesfarmamt grosse Bestände, die es vordem beliehen hat, übernommen und auch die Zusicherung gegeben, sie nicht unter Einkaufspreis zu verkaufen. Trotzdem konnte die Preistendenz in den Grundzügen nicht beeinflusst werden.

In Deutschland scheinen die Agrarführer in den verschiedenen Parlamenten so ziemlich allein im Besitz des Geheimnisses zu sein, wie die künftige Ernte in Wirklichkeit ausfallen wird. Zumindesten haben sie u.a. im Reichstag Subventionsforderungen der durch schlechte Ernte geschädigten Landwirtschaft angekündigt, im Vertrauen darauf, dass der Reichsernährungsminister die Subventionsforderungen durchdrückt und der Reichstag sich den Kopf zerbrechen wird, woher das Geld für die Subventionen genommen werden soll. Nach der Witterungslage und nach den vorliegenden Meldungen haben wir in Deutschland mit einer ausgesprochen guten Weizenernte zu rechnen. Auch die Befürch-

tungen um die Roggenernte sind nach den Regenfällen der letzten Tage, wie am deutlichsten aus der Einstellung der Produktenbörsen hervorgeht, geringer geworden; sie werden von seriösen Beurteilern überhaupt nur für Einzelfälle geteilt. Ohne Zweifel hat der Hafer gelitten, ebenso der Roggen auf ganz leichten Böden. Weiter werden wir in Futtergetreide sehr wahrscheinlich weniger ernten als im Vorjahr. Aber darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wo sich auf leichten und leichtesten Böden ein Manko einstellen sollte, wird dieses ohne Zweifel durch die guten Böden, wo sich die Mainässe gehalten hat, durchaus ausgeglichen.

Vorerst hat das Reichsernährungsministerium einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach der Vermahlungszwang von Inlandsweizen für die Zeit von Anfang August jeden Jahres bis zum Ende Juli des folgenden Jahres auf 30 % der von den Mühlen vermahlenden Weizenmengen festgesetzt wird; in der Zeit von August bis Ende November sollen aber mindestens 40 % Inlandsweizen vermahlen werden. Mit Hilfe des Vermahlungszwanges ist es gelungen, den Weizenpreis in Deutschland, der gegenwärtig um 290 Mark pendelt, kräftig nach oben zu treiben. Das Reichsernährungsministerium gibt darüber folgende Uebersicht:

	1.8.29	1.12.29	1.3.30	2.5.30
	(immer für eine Tonne)			
Auslandsweizen cif Hamburg				
a) Manitoba I	290,65	249,50	201,60	190,70
b) Rosafé	228,50	209,15	176,40	176,40
Inlandsweizen				
a) Berlin	266,--	243,50	230,50	290
b) Magdeburg	263,--	241,--	231,--	293
c) Breslau	256,--	238,--	224,--	275

Die Aufstellung beweist, dass man den deutschen Weizenpreis von der Preisbewegung auf dem Ausland weitgehend gelöst hat. Während die Auslandspreise sanken, konnte man den deutschen Weizenpreis treiben. Die ganze Sache hat aber nur dann einen Sinn, wenn man die deutsche Landwirtschaft auf vermehrten Weizenbau umstellen kann. Gelingt das nicht in genügendem Masse und kann man die Kostensätze im deutschen Weizenbau nicht durch Rationalisierung usw. denen in Uebersee anpassen, so dürfte die Isolierung der deutschen Landwirtschaft in dem Augenblick, wo sie sich nicht mehr aufrecht erhalten lässt, Katastrophe und Ruin bedeuten. Dieses Risiko, das eines guten Tages greifbar werden kann, wird leider in der deutschen Agrarpolitik viel zu wenig berücksichtigt.

Die Treibung des deutschen Weizenpreises geschah mit Hilfe eines Zolls von 15 Mark gegenüber anfänglich 6,50 Mark. Durch diesen Zoll und den Vermahlungszwang hat man den Weizenpreis auf 290 Mark steigen können, d.h. 30 Mark über dem sogenannten Richtpreis (260 Mark), der, falls er überschritten wird, eine Ermässigung des Weizenzolls nach sich ziehen soll. Obwohl nun der Weizenpreis seit geraumer Zeit über 260 Mark liegt, hat sich der Zoll nicht vermindert. Das wird damit begründet, dass im Durchschnitt des Jahres der Richtpreis nicht erreicht wurde und dass für die Zollermässigung nur der gewogene Durchschnitt in Frage komme. Die Einschmuggelung des gewogenen Durchschnitts bedeutet die Stabilisierung des Weizenpreises an der obersten Grenze.

Die Kosten des Experiments haben die Verbraucher zu zahlen. Man hat den Weizenpreis über den Richtpreis hinaus getrieben. An den Handelsgewinnen, deren Verminderung einen höheren Erzeugerpreis gestattete, hat sich aber nichts geändert. Das Experiment der Weizenpreisstabilisierung blieb also stecken. Der erhöhte Erzeugerpreis muss bei den sprichwörtlich hohen Gewinnspannen im Handel zu einer Verteuerung der Lebenshaltung führen.

SPD. Der Reichsmietertag des Reichsbundes deutscher Mieter in Braunschweig gestaltete sich zu einer grossen Protestkundgebung. Den Geschäftsbericht erstattete der Bundesvorsitzende Dzieyk-Berlin. Er führte u.a. aus:

Bis zu völligen Beseitigung der Wohnungsnot muss die jetzige Mieterschutzgesetzgebung erhalten und verbessert werden. Ein soziales Miet- und Wohnrecht kann nur als Dauerrecht an die Stelle der mietrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches treten. Die einzelnen Länder haben von den ihnen durch das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz eingeräumte Recht, die Reichsgesetzgebung nach Gutdünken abzubauen, allzureichlich Gebrauch gemacht. Dadurch ist, ein Ausdruck unserer Kleinstaaterei, eine betrübliche Rechtunklarheit entstanden. Wenn man die Mietzinssteigerungen im Reich zusammenstellt, so ergibt sich ein ausserordentlich buntes Bild. Neben der reichsgesetzlichen Mindestmiete von 120 % bestehen in den einzelnen Ländern und Gemeinden so vielfache und so verschiedenartige Umlagen, dass die tatsächlich gezahlte Miete heute zwischen 120 und 150 % der Friedensmiete schwankt. Vielfach ist es durch Gemeindeumlagen schon sogar dahin gekommen, dass der Satz von 150 % der Friedensmiete in einigen Orten bereits überschritten ist, während anderwärts noch Sätze von 125 bis 130 % bestehen. Das Problem der Hauszinssteuer ist seiner Lösung noch nicht nähergekommen. Im Reichsrat liegt immer noch das Gesetz über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken, das die Hauszinssteuer in eine Werterhaltungssteuer und in eine Sacherhaltungssteuer trennen und dem Hausbesitz die Garantie geben will, dass er in absehbarer Frist in den völligen Genuss der den Hypothekengläubigern enteigneten Kapitalien gelangt. Der Reichsbund deutscher Mieter steht demgegenüber nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Enteignung der Hypothekengläubiger nicht zu einer Bereicherung des privaten Hausbesitzes führen darf. Er stellt erneut die Forderung auf, dass alsbald gesetzliche Massnahmen getroffen werden, die das verhindern. Gegenüber der Bausparkassenbewegung (die ja auch von den freien Gewerkschaften abgelehnt wird. Red.), nimmt der Reichsbund eine reservierte Stellung ein, weil die verschiedenen Systeme des Bausparens zu vielen Bedenken Anlass geben, die bis heute noch nicht beseitigt sind.

Ueber die Rückzahlung der sogenannten Aufwertungshypotheken machte der Redner folgende Ausführungen: "Der Zinsfuss für diese Hypotheken ist reichsgesetzlich bis zum 1. Januar 1932 auf 5 % jährlich beschränkt. Am 1. Januar 1932 müssen diese Hypotheken zurückgezahlt oder sie müssen zu einem erheblich höheren Zinsfuss verlängert werden. Es lag sehr nahe, dass der Hausbesitzerführer Professor Dr. Bredt nach seiner Berufung zum Reichsjustizminister alsbald die Frage der Aufwertungshypotheken, die schon länger erörtert wurde, aufgriff, und einen Gesetzentwurf ausarbeiten liess. Dieser sieht nun nicht etwa ein allgemeines Moratorium für die Rückzahlung der Aufwertungshypotheken vor, sondern er will denjenigen Hausbesitzern, die am 1. Januar 1932 nicht die Möglichkeit der Rückzahlung der Aufwertungshypothek haben, einen Weg öffnen, auf dem ihnen zu erhöhtem Zinsfuss eine Stundung gewährt werden kann. In Verbindung damit besteht der Plan einer allgemeinen Mieterhöhung, vielleicht schon zum 1. April oder 1. Juli 1931, damit der Hausbesitzer bei der Verlängerung oder der Ablösung der Aufwertungshypothek in der Lage ist, auf Grund erhöhter Mieteinnahmen einen erhöhten Zinsfuss in Aussicht stellen zu können."

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die dagegen protestiert, dass Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz entgegen dem einmütigen Beschluss der Reichsregierung und des Reichsrats vom Reichstag nur bis zum 30. Juni 1931 verlängert worden sind. Die Entschliessung stellt dann folgende Forderungen auf: 1.) Unbedingte Aufrechterhaltung der Mieterschutzgesetzgebung unter Beseitigung der von den Ländern, insbesondere vom Freistaat Thüringen vorgenommenen Lockerungen; 2.) Ausdehnung des Mieterschutzes, auch auf die Mieter aller Neubauwohnungen und derjenigen Räume, die der Mieterschutzgesetzgebung nicht unterliegen, durch alsbaldige Einführung eines sozialen Miet- und Wohnrechts; 3.) Umwandlung der vom Reichstag im Dezember 1929 angenommenen

"Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen" in für alle Länder und Gemeinden zwingende Bestimmungen; 4.) Umgehende Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes; 5.) Restlose Verwendung der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau; 6.) Dauernde Erfassung des Geldentwertungsgewinnes und des unverdienten Wertzuwachses des Hausbesitzes; 7.) Ablehnung jeder weiteren Mieterhöhung, insbesondere auch zum Zwecke der Abwälzung erhöhter Zinslasten, Steuern und Gebühren auf die Mieter; 8.) Herabsetzung des Mietzinses in Verbindung mit dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten allgemeinen Preisabbau.

SPD. Die Berliner Konsumgenossenschaft konnte in dem am 30. Juni zu Ende gegangenen Geschäftsjahr 1929/30 ihre Mitgliederzahl um nicht weniger als 38 882 steigern. Nach Abzug der ausgeschiedenen Mitglieder verblieb am 1. Juli 1930 ein Mitgliederbestand von 188 083. In keinem Jahr zuvor war ein derartig starker Zufluss neuer Mitglieder festzustellen. Der gewaltige Zustrom zeigt, dass die konsumgenossenschaftliche Idee immer weitere Bevölkerungsschichten erfasst. Die Entwicklung steht natürlich im engsten Zusammenhang mit der verbraucherfeindlichen Politik der Regierung Brüning-Schiele, der unbegreiflichen Einstellung der Justiz gegen die Konsumgenossenschaften und der Hetze der mittelständlerischen Organisationen gegen die Konsumvereinsbewegung. Sie ist die zu begrüssende Antwort auf die vielen Attacken gegen die konsumgenossenschaftliche Eigenhilfe, die wir in den letzten Monaten erlebt haben.

Trotz der schlimmen Wirtschaftskrise, die sich in der Reichshauptstadt besonders scharf auswirkt, konnte sich der Umsatz im Monat Juni gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 1,6 % auf 5,571 Millionen steigern. Die Spargelder erhöhten sich gegenüber dem Vormonat um 446 000 Mark auf 46,026 Millionen Mark.

SPD. Nach den jetzt abgeschlossenen deutsch-polnischen Roggenverhandlungen wird die bestehende Exportregelung um 1 Jahr verlängert. Neu ist die Bestimmung, dass die Quotenverrechnung in Zukunft alle 2 Monate erfolgt. Bisher war eine jährliche Abrechnung üblich. Die kürzere Abrechnung wird zur Folge haben, dass nicht ausgenutzte Exportkontingente verfallen. Die Kommission selbst wird durch Zuwahl je eines Genossenschaftsvertreters erweitert. Sitz der Kommission bleibt Berlin. Die Polen hatten u.a. die Forderung aufgestellt, Danzig zum Sitz der Kommission zu wählen. Das bisherige Quotenverhältnis (60: 40 zu Gunsten Deutschlands) ist unverändert geblieben.

Dem Handel ist es im Laufe der Verhandlungen gelungen, eine Herabsetzung der Exportabgabe an die deutsch-polnische Kommission von 2 auf 1 Mark durchzusetzen. Das bedeutet für den Handel eine Erhöhung der Gewinnspanne.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 8. Juli: I. 145 Mark, II. 135 Mark, III. 119 Mark je Zentner. Tendenz fest.

Berliner Viehmarkt.

(8.Juli)

SPD. Auf sämtlichen Märkten konnten sich Preissteigerungen durchsetzen. Eine Ausnahme machte höchstens der Rindermarkt, wo in der Hauptsache nur Bullen im Preise anzogen. Auf dem Kälbermarkt ist das Anziehen der Preise ohne Zweifel auf schlechtere Beschickung zurückzuführen. Auch das Angebot an Schweinen hätte reichlicher sein können.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 42 - 47 (voriger Markt 40 - 47), b) 36 - 40 (35 - 39), c) 28 - 33 (29 - 34) d) 25 - 27 (24 - 28), Kälber: a) - (-), b) 66 - 70 (57 - 65), c) 55 - 65 (50 - 60), d) 40 - 50 (35 - 42). Schweine: a) (über 300 Pfund) 62 - 64 (60 - 62), b) (240 - 300 Pfd.) 64 - 65 (62 - 63), c) (200 - 240 Pfd.) 64 - 66 (62 - 64), d) (160 - 200 Pfd.) 64 - 65 (62 - 64), e) (120 - 160 Pfd.) 61 - 63 (60 - 62), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 56 - 57 (55).

SPD. Der Jahresbericht des Reichskohlenverbandes für das Geschäftsjahr 1929/30 stellt in der üblichen Analyse des Weltkohlenmarktes fest, dass die Steinkohlenförderung der Welt im Kalenderjahr 1929 mit 1321 Millionen Tonnen gegenüber 1244 Millionen Tonnen im Jahre 1928 und 1215,7 Millionen Tonnen im Jahre 1913 eine Rekordhöhe erreicht hat. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind daran mit 550 Millionen Tonnen beteiligt. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beträgt 5,7 %. Für Deutschland liegt eine Zunahme um 5,8 %, für England um 8,1 %, für Frankreich um 4,8, für Polen um 14, für Holland um 8,2, für die Tschechoslowakei um 10,4 und für Russland um 18,3 % vor. Für Frankreich interessiert, dass es seine Kohleneinfuhr von 25,8 Millionen Tonnen auf 32,2 Millionen Tonnen (25 % mehr) steigerte. Die deutsche Steinkohlenförderung stieg um 13 Millionen Tonnen auf 163,4 Millionen Tonnen (mehr 8,3 %), die Braunkohlenförderung um 8,9 auf 174 (mehr 4,5 %), die Kokserzeugung um 3,8 auf 38,6 Millionen Tonnen (mehr 10,9) und die Braunkohlenbriketterzeugung um 21, Millionen Tonnen auf 42,3 Millionen Tonnen (mehr 5,3%).

Die Kohleneinfuhr nach Deutschland hat sich in den gleichen Grenzen gehalten wie 1928. Während die Einfuhr aus Holland und aus dem Saarrevier gering zurückging, ist die Einfuhr aus England etwas gestiegen. Die Ausfuhr (einschliesslich Reparationslieferungen) hat die Rekordmenge von 1927 erreicht und steht um 3,7 Millionen Tonnen höher als im Jahre 1928. Die Einfuhr, die einzelnen Sorten umgerechnet, ist mit 9,156 Millionen Tonnen anzunehmen, die Ausfuhr mit 43,435 Millionen Tonnen. Bei einer Förderung von 202,205 Millionen Tonnen ergibt sich ein Verbrauch für das Jahr 1929 von 168,114 Millionen Tonnen gegenüber 157,257 Millionen Tonnen im Jahre 1928 und 155,942 Millionen Tonnen im Jahre 1913.

SPD. Die Ford Motor Company in Detroit hat im ersten halben Jahr 1930 rund 995 ooo Wagen produziert. Die Zahl umfasst nur die amerikanische Produktion.

Schwächer bei geringem Umsatz.

(Berliner Getreidebörse vom 8. Juli)

SPD. Bei stillem Geschäft verkehrte die Berliner Produktenbörse am Dienstag eher in schwacher Haltung, besonders für Weizen, da sich die niedrigeren Auslandsnotierungen und das anhaltend unbefriedigende Mehlgeschäft auswirken. Im Brotgetreide war das Angebot in Weizen aus alter Ernte nicht allzugross, dagegen war Weizen in neuer Ernte namentlich von der Küste her reichlicher angeboten. Prompter Roggen war über Bedarf angeboten, sodass die Stützungskäufe fortgesetzt werden mussten. In Roggen neuer Ernte war die Umsatztätigkeit gering. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte wurde Juliweizen um 7 Mark gedrückt, da die besichtigter 270 Tonnen für kontraktlich lieferbar erklärt wurden. Die Herbsttermine lafen für Weizen ebenfalls etwas schwächer. Juliroggen war etwa 2 Mark niedriger, Herbstroggen infolge von Interventionskäufen verhältnismässig gut gehaöten. In Hafer war das Angebot nicht allzu dringend, Wintergerste war ausreichend offeriert.

	7. Juli	8. Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 290	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	160 - 190	160 - 190
Hafer	158 - 165	157 - 164
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,75 - 40,75	32,50 - 40,50
Roggenmehl	22,75 - 25,25	22,50 - 25,00
Weizenkleie	9,50 - 10,00	9,75 - 10,25
Roggenkleie	9,00 - 9,75	9,25 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 285-286-285¾, (Vortag 292), September 256-256½ (258), Oktober 258-259 (259½). Roggen Juli 164 - 165 (165¼), September 173 (173), Oktober 178½ (178½). Hafer Juli - (172), September 173 (174½), Oktober 176½ (177½).

Rauhfuttermotierungen.

(Berlin, den 8. Juli)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM.	0.95	1.10
" Weizenstroh "		"	0.80	1.00
" Haferstroh "		"	0.55	0.65
" Gerstenstroh "		"	0.55	0.65
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt		"	0.80	0.90
Bindfadengepresstes Roggenstroh		"	0.65	0.75
" Weizenstroh		"	0.55	0.65
Häcksel	Tendenzstill	"	1.40	1.50
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		"	1.50	1.75
Gutes Heu, gesund und trocken	neu	"	2.00	2.35
Luzerne, lose	neu	"	2.50	2.80
Thymothee, lose	neu	"	2.50	2.80
Kleeheu, lose	neu	"	2.40	2.60
Mielitz-Heu, lose, rein		"	-	-
" " (Warthe)		"	-	-
" (Havel)		"	-	-
Drahtgepresstes Heu	Tendenzstetig	"	40 über Notiz.	

Deutscher Reichstag

194. Sitzung vom 8.Juli, 3 Uhr.

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. v. Sybel (Chr.Nat.Bauernpt.): Die Notlage des Obst- und Gemüsebaues mache einen Kurswechsel nicht nur in der Handelsvertrags-, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein grosser Teil der Ersparnisvorschläge des Hansabundes würde sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Die Reichsregierung sollte die von ihr erstrebte Senkung der Realsteuern dadurch beschleunigen, dass sie die Einführung des Verwaltungskostenbeitrags in den Gemeinden sofort vornehme. Die Grundsteuer sei noch ungerechter als die Gewerbesteuer. Um diese ungerechten Steuern senken zu können, müsse der Verwaltungskostenbeitrag noch vor der Sommerpause des Reichstags beschlossen werden. Die starken Bedenken gegen eine Gemeindegetränkesteuer beständen bei seinen Freunden unvermindert fort. Die Verteilung der Steuererträge müsse dem Gedanken der Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes Rechnung tragen. Die im Zusammenhang mit der Preissenkung notwendige Senkung der Löhne und Gehälter müsse direkt und einheitlich erfolgen, nicht auf dem Wege einer Sonderbelastung bestimmter Gruppen. Ein Junktim zwischen Osthilfe und Deckungsvorlagen wäre nicht zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Cremer (D.Vp.) wirft die Frage auf, ob nicht eine Umgestaltung der Finanzverwaltung möglich wäre mit dem Ziel, diese Verwaltung übersichtlicher zu gestalten und den Reichsfinanzminister von der Überfülle seiner Aufgaben zu entlasten. In dieser Verwaltung könnten wesentliche Ersparnisse gemacht werden: Dem Minister stimmen wir darin zu, dass gewisse Reserven angesammelt werden müssen. Wir haben immer die Forderung aufgestellt, die Finanzgebarung zu ändern und eine gewisse Selbstbeschränkung des Parlaments in der Ausgabenbewilligung durchzuführen. Leider sind unsere dahinzielenden Anträge noch nicht einmal bis zur Ausschussberatung gelangt. Grosse Agrarvorlagen und Hilfsprogramme sind teils verabschiedet, teils vorbereitet, ohne dass die Deckungsfrage gelöst ist. (Abg. Leicht (Bayr.Vp.): "Mit den Steuersenkungsplänen steht es genau so!") Nein, das ist eine andere Frage. Das Ostprogramm müsste in engem Zusammenhang mit der Deckungsfrage behandelt werden. Es war ein Fehler, dass Hilferdings Ersparnisprogramm nicht energisch weiter verfolgt worden ist. Die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung können nicht ins ungemessene erhöht werden. Der Ertrag der indirekten Steuern findet seine Grenzen am Konsumrückgang. Das wird sich auch bei der Biersteuer zeigen. Die unheilvolle Verbindung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung mit der des Reiches muss getrennt werden. Unsere Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung von 1929 werden jetzt zu 90 Prozent erfüllt. Viele Schwierigkeiten wären uns erspart worden, wenn man diesen Vorschlägen früher gefolgt wäre. Die Ankurbelung der Wirtschaft wird im wesentlichen Sache der Privatinitiative sein müssen. Ihr muss freilich die Bahn frei gemacht werden durch Senkung der auf der Privatwirtschaft ruhenden Lasten. Die sogenannte Reichshilfe der Beamten ist ein Umweg, der den Eindruck erweckt, als wollte man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeigt. (Zurufe des Abg. Schuldt (Dem): Moldenhauer!) Wenn die Deutsche Volkspartei ihre Meinung geändert hätte, wäre mein Freund Moldenhauer heute noch Finanzminister. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, dass in der Zeit der Not alle Volksschichten gleichmässig zu Opfern herangezogen werden müssen und dass dann auch die Beamtenschaft sich nicht ausschalten wird. Der Verwaltungskostenbeitrag ist keine sensationelle Neuerung. Wir haben schon in der alten Regierungskoalition Auseinandersetzungen über die sogenannte Bürgerabgabe gehabt. Mit dieser Abgabe können nicht nur die Gemein-

definanzen, sondern die allgemeinen Finanzen saniert werden. Man kann diese Abgabe zulassen und es den Gemeinden freistellen, dazu Zuschläge zu erheben. Die Realsteuern könnten entsprechend gekürzt werden. Die Einziehung dieser Abgabe wäre nicht so schwierig, sie könnte auch durch Arbeitgeber und Vermieter erfolgen. (Unruhe) Die Ledigensteuer muss differenziert werden nach der wirtschaftlichen Lage und nach den Verpflichtungen der Ledigen. Der Zuschlag zur Einkommensteuer widerspricht dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Verheissung einer Steuersenkung zum Zweck der Kapitalbildung. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Deckungsprogramm gegenüber entspringt der tiefsten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Wenn immer noch in der Presse vom Ermächtigungsgesetz und von anderen Plänen gesprochen wird, so kann das nur zur Beunruhigung der Wirtschaft führen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie versuchen wird, sich auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung eine Mehrheit zu sichern.

Abg. Colosser (Wirtsch.P.) weist darauf hin, dass die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und ewig ausgelacht worden sei. Die von der Regierung vorgeschlagenen Etatsabstriche seien gewiss zu gering, ein anhaltender Abbau sei aber nur durch Abbau von Gesetzen möglich. Auch in die Gemeinden müsse Sparsamkeit einziehen. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit den Realsteuern sei deshalb nötig. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, dass eine Besteuerung der sogenannten Genussmittel nicht mehr möglich sei. Ein Pensionskürzungsgesetz werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft sowie der angespannten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Fragen mit Entschiedenheit angefasst werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die grossen Einkommen mitzumachen. Im Ganzen sei mit den Vorschlägen der Regierung ein bescheidener Anfang zur wirklichen Gesundung der Wirtschaft gemacht. Zur endgültigen Sanierung gehöre aber auch die Arbeitsdienstpflicht der Jugend, die Besteuerung der öffentlicher Betriebe und der Umbau der Verwaltung und Gesetzgebung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung.

Abg. Dr. Reinhold (Dem): Meine politischen Freunde haben es sehr bedauert, dass der Reichsfinanzminister sich am Montag darauf beschränkt hat, nur die jetzige Regierungsvorlage zu verteidigen, ohne ein endgültiges Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. Ohne ein solches Programm ist eine Behebung der augenblicklichen Finanzschwierigkeiten garnicht möglich. Wir brauchen eine organische Preissenkungsaktion. Sie kann aber nicht erreicht werden, wenn Preussen durch Gesetz die Mieten erhöht, wenn die Gemeinden den Verkehr verteuern, wenn die Reichsbahn die Tarife erhöhen will. Vor allem müssen die künstlich hochgehaltenen Kartellpreise gesenkt werden ebenso wie die Kleinhandelspreise. Wenn die Preissenkung erreicht ist, dann können und müssen wir auch zu einer Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muss. Erst dann wird auch die Beamtenschaft einer Gehaltssenkung zustimmen, während das von Dr. Moldenhauer vorgeschlagene einseitige Notopfer der Beamten mit Recht auf schärfste Ablehnung stiess. Es ist jetzt die Zeit gekommen, die Kapitalflucht in jeder Form als ein Verbrechen am Vaterland zu brandmarken. Ich würde es begrüssen, wenn bei jeder Steuererklärung eine eidliche Erklärung darüber gefordert wird, welches Kapital direkt oder indirekt im Ausland angelegt ist. Dieses Kapital könnte dann höher besteuert werden als das inländische. Die Neigung zur Kapitalflucht wird geringer werden, wenn das Vertrauen zur Solidität der deutschen Finanzwirtschaft wieder hergestellt ist. Das kann nur geschehen durch eine grundlegende Finanzreform. Wir sind bereit, die Session bis in den Herbst hinein zu verlängern, um dieses grosse Werk recht bald zu vollenden. Wir be-

dauern auch, dass die Anträge Schneider zur grundlegenden Reform der Arbeitslosenversicherung nicht angenommen worden sind. Eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen wird nur möglich sein, wenn sofort auch die Gemeindefinanzen saniert werden. Das kann geschehen durch Verzehrsteuer oder Bürger-Abgabe, aber es muss zugleich bestimmt werden, dass die Realsteuern der Gemeinden auf die Höhe des Vorjahres zurückgeführt werden. Ich bekenne mich nach wie vor zu dem Grundsatz, dass der Reichs-Etat hart am Rande des Defizits vorbeigeführt werden muss. Der Sinn dieses Wortes ist aber der, dass man nicht durch eine übertriebene Ausgabenwirtschaft, sondern durch sparsame Wirtschaft und niedrige Steuern an den Rand des Defizits kommen soll. Wir begrüssen den festen Willen des Ministers, 100 Millionen am Etat einzusparen, aber wir meinen, dass weitere Ersparnisse möglich sind und dass die Vorschläge des Hansabundes, soweit sie nicht eine Verschiebung bestimmter Leistungen auf später wollen, manche wertvollen Hinweise dazu enthalten. Wir hoffen, dass auch die Regierung in eine sachliche Prüfung dieser Vorschläge eintreten wird. Den Deckungsvorschlägen der Regierung stehen wir ausserordentlich kühl gegenüber (Hört! hört!) Ein Notopfer der Beamten können wir nur billigen, wenn es sich einfügt in ein allgemeines Notopfer aller leistungsfähigen Schichten. Die Behörden-Angestellten können zu einer solchen Reichshilfe nur herangezogen werden, soweit ihre Stellung ebenso gesichert ist wie die der Beamten.

Abg. Peine (Soz):

Der vom Abg. Colosser vorgelesene angebliche Aufruf der Volksbeauftragten ist niemals erlassen worden, sondern eine glatte Fälschung. Das ist auch hier im Haus bereits festgestellt worden. Der wirkliche Aufuruf der Volksbeauftragten ist im Reichsgesetzblatt vom 12. November 1918 veröffentlicht. In welchem Geiste die Volksbeauftragten ihr Amt übernommen haben, zeigten folgende Ausführungen Friedrich Eberts bei der Übernahme der Geschäfte :

"Ich weiss, dass es Vielen schwer wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben. Aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volk. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend überliefern. Helft also, dem Vaterland durch furchtloses und unverdrossenes Weiterarbeiten, ein Jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist." (Hört! hört! links)

Nun zu der Interpellation, die der deutschnationale Abgeordnete Dr. Wienbeck eingebracht, aber nicht begründet hat; er hat vielmehr 6 Tage Urlaub genommen. Diese Interpellation ebenso wie eine Anfrage im Preussischen Landtag behauptet, dass die Konsumvereine zu Unrecht steuerfrei seien, dass sie aber trotzdem Steuer hinterziehen, und dass der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding sie aus Gründen der Freundschaft von der Körperschaftsteuer befreit habe. Sowohl die Interpellation wie die Anfrage im Landtag sind noch vor der Einbringung veröffentlicht worden, woraus die Absicht deutlich genug hervorgeht, die Öffentlichkeit gegen die Genossenschaften einzunehmen. Die Interpellation weist auf den Konsumverein Görlitz hin. Nach § 4,2 des Körperschaftssteuergesetzes sind Genossenschaften, die einem Revisionsverband angehören und die ihren Geschäftsbetrieb auf ihre Mitglieder beschränken, von der Körperschaftssteuer frei. Ein Verkauf an Nichtmitglieder kann höchstens durch Unachtsamkeit oder Versehen oder aber durch Verleitung erfolgen, die von Spitzeln aus bösem Willen verübt wird. Bis 1929 haben die Finanzgerichte und der Reichsfinanzhof in ständiger Praxis solche unerheblichen Überschreitungen nicht als Grund zur Veranlagung der Körperschaftssteuer angesehen. Seit 1929 ist das aber geschehen, und zwar auch dann, wenn die Überschreitungen des Mitgliederkreises auch nur den Bruchteil eines Prozents betragen haben. Infolge dieser geänderten Praxis ist man zur Heranziehung der Genossenschaften zur Körperschaftssteuer übergegangen und die Beschwerden dagegen sind zumeist abgewiesen worden. Man hat aber die Körperschaftssteuer dann vom Jahre 1924 an

nachgefordert,obgleich gar keine Mittel dafür vorhanden sein konnten,da doch der Ueberschuss den Mitgliedern rückvergütet wird, und die Konsumvereine bei ihrer Kalkulation solche Steuerbeträge gar nicht mit einrechnen konnten.So war es auch im Konsumverein Görlitz, Während die Interpellation Wienbeck behauptet,dort seien bewusste Hinterziehungen begangen und Steuerstrafen verhängt worden,erklärt der Konsumverein Görlitz, dass diese Behauptungen vollkommen unwahr sind. Die Wahrheit ist,dass das Finanzamt eine Buchprüfung vornehmen liess,auf Grund deren die Körperschaftssteuer rückwirkend für 1924 bis 1928 veranlagte,weil über den Mitgliederkreis hinaus verkauft worden sei.Der Konsumverein ist der gegenteiligen Ansicht. Er hat sich an das Reichsfinanzministerium mit dem Antrag gewendet,wenigstens die Körperschaftssteuer für die seit 1925 ausgezahlten Rückvergütungen zu erlassen. Das geschah dann auch, und zwar für 1925/26 im Betrage von 70.326.-M, 1926/27 für 94.962.-M und 1927/1928 für 117.332.-M. Im übrigen ist für die Reingewinne die Körperschaftssteuer bezahlt worden.

Der Konsumverein Stuttgart mit einem Jahresumsatz von 42 Millionen soll wegen einer 0,2%igen Ueberschreitung des Mitgliederkreises für diese gewaltige Summe die Körperschaftssteuer zahlen! (Hört! Hört! links) Die Erlasse des Reichsfinanzministers vom 5.Juli und 5.Oktober 1929 haben natürlich nicht die Billigung der Konsumvereinsgegner gefunden,und im Ausschuss hat ein Wirtschaftsparteiler heftig dagegen gewettert. Dabei aber hat der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Bormann seinen Edeka=Genossenschaften in einem Rundschreiben das gleiche Vorgehen unter eindringlichem Hinweis auf diese Erlasse des Reichsfinanzministers dringend empfohlen. (Hört! Hört! links)

Wir beklagen uns nicht über den Kampf gegen uns,wenn er mit offenem Visier geführt wird, aber die Kampfesweise der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen verdient diese Bezeichnung nicht,sondern geht darauf aus,unsere Organisationen,deren prominente Vertreter und unseren Dr.Hilferding als damaligen Reichsfinanzminister herabzusetzen. Mit allen möglichen Manipulationen versucht man seit Jahren,die Ueberschreitung des Mitgliederkreises zu provozieren. Ein dickes Buch könnte man darüber schreiben. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir gehen dem Kampf nicht aus dem Weg,auch jetzt nicht,wo man den Genossenschaften mit der Sondersteuer den Hals zuschnürt. Mit all' diesen Mitteln können Sie die Konsumvereinsbewegung nicht aufhalten. Wenn Sie aber auf alles stolz sein wollen,was deutsche Arbeit leistet,dann sollten Sie stolz sein auf die Genossenschaftsbewegung,<u>die niemals von einer Regierung Subventionen erbettelt</u>, sich kraftbewusst selbst emporgearbeitet hat,die 3 Millionen Familien Minderbemittelter zur Barzahlung und zur Selbstverwaltung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten erzogen hat. Wer aber mit solchen Mitteln gegen die Konsumgenossenschaften kämpft,richtet sich selbst,vernichtet sein Ansehen,wird aber niemals die Konsumvereinsbewegung niederwerfen können.(Lebh.anhaltender Beifall der Soz.)

<u>Ministerdirektor Zarden</u> verteidigt gegenüber den bürgerlichen Parteien die Steuererlasspraxis gegenüber Genossenschaften,deren Vorausschätzungen des Umsatzes die Grundlage der Steuererhebung,nie völlig sicher sein können.Von einem Strafverfahren gegen den Konsumverein Görlitz,der Steuerrückerstattung für seine Umsatzrückvergütung erhielt,sei nie die Rede gewesen. Solche Straf= und Steuererlassentzugsverfahren würden nur gegen die Konsumvereine eröffnet, die nachweislich öfter an Nichtmitglieder verkaufen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung um 18½ Uhr auf Mittwoch 15 Uhr. Ausserdem dritte Beratung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.